

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Friedensdienst.

Das Blatt des Reichslanzlers wendet sich in heftiger Polemik gegen den „Vorwärts“, weil er in den Fragen der internationalen Politik, welche in den letzten Wochen die Öffentlichkeit erregt haben, den widerwärtigen Kultus der auswärtigen Staatskunst Wilkows verächtlich und sozialistische Kritik am völkerverderblichen Spiel der internationalen Diplomatie übt.

Der Polemik gehen einige Aeußerungen voraus über die Beilegung des französisch-deutschen Marokkokonfliktes und über die Stellung, die England in diesem Konflikt zur Zeit Delcassés eingenommen hat. Das offiziöse Blatt erklärt zunächst, daß den „Entschaltungen“ des „Matin“ jede Bedeutung für die in den letzten Monaten erzielte Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses abgeht. Es bespricht dann die von uns zitierte Aeußerung des Reuterschen Bureaus, daß Deutschland von Großbritannien informiert worden sei, daß die Frage eines Verbandsangebots an Frankreich seitens Englands niemals entstanden sei, daß Frankreich niemals um Verstand nachgesehen habe und daß England niemals einen solchen angeboten habe. Hierzu erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Wir können bestätigen, daß die englische Regierung eine Mitteilung solchen Inhalts in spontaner Weise hat hierher gelangen lassen und daß sie deutscherseits ebenso loyal, wie sie gegeben wurde, entgegengenommen worden ist. Ein Zwischenfall in den diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und England ist durch die Behauptungen des „Matin“ nicht hervorgerufen worden, andererseits aber handelt es sich um eine von der englischen Regierung selbst als vertraulich bezeichnete Mitteilung, die im Sinne der Londoner Regierung nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Wir versagen es uns daher, auf diese Mitteilung näher einzugehen und möchten nur noch besonders feststellen, daß alle Behauptungen, wonach die deutsche Regierung von der englischen oder der französischen Regierung über die Angaben der Pariser Blätter Erklärungen verlangt hätte, unzutreffend sind. Ein solcher Schritt würde angesichts der Form, in der die Angaben gemacht sind, der diplomatischen Courtoisie nicht entsprechen. Er würde auch mit der loyalen Stimmung nicht im Einklang stehen, die wir den Absichten der französischen wie der englischen Staatsmänner gern entgegenbringen.

Diese offizielle Aeußerung zu den von Jaurès bestätigten Mitteilungen des „Matin“ ist allerdings ein Ereignis der diplomatischen Courtoisie. Sie entspricht in reichlichem Maße dem Worte Talleyrands, daß die Sprache den Diplomaten gegeben ist, um die Wahrheit zu verbergen. Und doch ist sie immerhin an der Grenze der diplomatischen Courtoisie. So sehr sie zeigt, daß man für die Öffentlichkeit die Alten der Vorgänge zur Zeit Delcassés schließen will, so beweist sie gleichwohl, wie gespannt auch jetzt noch das Verhältnis zwischen Berlin und London ist! Wenn das offiziöse Organ des Reichslanzlers schreiben darf, eine Mitteilung der englischen Regierung sei „deutscherseits ebenso loyal, wie sie gegeben wurde, angenommen worden“ — so ist das deutlich! Die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ bedeutet dann, unter dem Schein einer Ablehnung der Mitteilungen des „Matin“ und unseres Freundes Jaurès, in Wirklichkeit eine Bestätigung des Kerns jener Mitteilungen. Es mag zweifelhaft sein, welcher Art die englisch-französischen Vereinbarungen in den Einzelheiten gewesen sind und was Delcassé im Ministerrat am Tage seines Sturzes eröffnet hat, es mag möglich sein, daß durch die Weitertragung der ursprüngliche Tatbestand irgendwie verändert worden ist, darüber aber kann kein Zweifel bestehen, daß maßgebende Stellen in England dem französischen Minister des Auswärtigen deutlich zum Ausdruck gebracht haben, England werde im Falle eines deutschen Angriffes auf Frankreich sich nicht neutral verhalten, sondern als Verbündeter Frankreichs in den Kampf eingreifen. Delcassé hätte nicht der Vertreter einer gefährlichen, verbrecherischen, zum Kriege drängenden Politik sein müssen, er hätte ein Trottel sein müssen, der er nicht ist, wenn er diese Politik ohne den gesicherten Hinterhalt englischer Hilfe verfolgt hätte. Es wäre auch, bei der heutigen Gestaltung der internationalen Verhältnisse und dem Wesen der kapitalistischen Diplomatie, nichts lächerlicher, als wollte man nun gegen England oder Frankreich moralische Klage erheben, daß sie eine derartige Verbindung beabsichtigten und eingegangen sind. Am wenigsten hätte die deutsche Diplomatie Anlaß, über Unrecht zu klagen. Vom Standpunkt des Kapitalismus sind solche Bündnisse natürlich nicht verwerflich, sondern „patriotisch“. Grund zur Empörung haben allein die Völker, die auf die Schlichtung des Krieges geführt werden sollen, und nicht gegen die Diplomatie dieses oder jenes Landes, sondern gegen die Diplomatie als Instrument der herrschenden Kapitalistenklassen aller Länder! Dieser Gesichtspunkt aber des Interesses der Nationen an ernsthaftem Frieden, welches zu dem „nationalen“ Interesse der kapitalistischen Klassen im schroffsten Gegensatz steht, muß dem Organ der deutschen Reichsregierung fremd sein. Woher es kommt, daß es gegen den von uns vertretenen Standpunkt ein erregtes Lamento anstimmt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet uns die folgenden Liebenswürdigkeiten:

„Daß der „Vorwärts“ auch diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen werde, seiner vaterlandlosen Gesinnung Ausdruck zu verleihen, war vorherzusehen. Es verdient nicht, seine neueste Leistung auf dem Gebiete schimpflichster Preisgabe jedes nationalen Schamgefühls näher zu beleuchten. Nur auf die berwerfliche Art, wie er im Auslande Stimmung zu machen sucht gegen die maritimen Maßnahmen im Interesse der Selbsterhaltung des deutschen Volkes, wollen wir

mit wenigen Worten hindeuten. Strupplos eignet er sich die Argumente unserer ausländischen Widersacher an, Deutschlands ganze Politik laufe darauf hinaus, den gegenwärtigen Besitzstand der Mächte zu stören, und hane seine Flotte gegen England. Solche zugleich ablernen und frechen Verdrehungen der Wahrheit mag dieses Blatt seinen Lesern vorzulegen trotz der geschichtlich feststehenden Tatsache, daß das Deutsche Reich nach beispiellosen militärischen Erfolgen seit einem Menschenalter seine ganze Macht in den Dienst des Friedens gestellt hat.

Es versteht sich, daß dem Blatt, welches den Befehl hat, die heutige Diplomatie zu vertreten, die Stellungnahme der Sozialdemokratie durchaus mißfällt. Daß es aber seine Polemik gegen die Sozialdemokratie nur in plumpen Beschimpfungen zu führen weiß, daß es über „vaterlandlose Gesinnung“, über schimpflichste Preisgabe jedes nationalen Schamgefühls“ schmäht, beweist nur, wie sehr die Wilkowsche Staatskunst in auswärtigen Angelegenheiten nicht allein eine aus kapitalistischen Gründen uns entgegengesetzte ist, sondern wie sehr sie sich durch die Kritik getroffen fühlt, welche wir an ihrem besondern dekorativen Kuppel zu üben genötigt sind. Die tobende Gut des offiziellen Organs hat nicht nur darin ihren Grund, daß wir die geschichtliche Wahrheit feststellen, daß wir nicht nur die Diplomatie Frankreichs und Englands, sondern auch die deutsche kritisieren, daß wir nicht gleich der bürgerlichen Presse alles unterschlagen, was im Ausland über die deutsche Politik ungünstiges gedacht wird, sondern auch darin, daß wir den Chor der Schmeichler, der die leitenden Stellen Deutschlands umwehelt, stören und die ebenso laute wie eitle Raumnützigkeit, die jetzt mehr denn je in den auswärtigen Fragen betrieben wird, nach ihrem wahren Inhalt schämen.

Es ist das alte verlogene Gerede, mit dem das Regierungsblatt die Fehler der deutschen Politik drapiert. Wer nicht die französische und englische Politik der schwersten Fehler zeugt, aber die deutsche Politik als maßlos und ausschließlich im Interesse des Friedensdienstes verherrlicht, der ist vaterlandlos, dem mangelt das „nationale Schamgefühl“. Und blüht es viel mehr „nationale“ Unverschämtheit zu fordern, daß die Handlungen anderer Staaten und ihrer Staatsmänner auf das schärfste verurteilt, dagegen die Handlungen der Staatsmänner des eigenen Landes, und seien sie auch ebenso verfehlt und gemeingefährlich wie die jener anderen, in überschwänglichen Lobeshymnen gefeiert werden.

Es ist eine ebenso törichte wie erlogene Behauptung, daß der „Vorwärts“ sich „Argumente unserer ausländischen Widersacher“ angeeignet habe, indem er erklärt, daß der Ausbau der deutschen Kriegsflotte in England den Eindruck erwecken mußte, als sei er gegen dieses Land gerichtet. Unsere Partei hat längst vor „unseren Widersachern im Auslande“, schon zu der Zeit, als die außerordentliche und alles frühere weit überschreitende Flottenvermehrung geplant wurde, die mahnende Stimme erhoben. Will die „Nordd. Allg. Ztg.“ etwa leugnen, daß die große Zahl derer, welche für die rapide Flottenvermehrung eingetreten sind und heute neue riesige Seerüstungen fordern, ihre Forderungen mit anti-englischen Argumenten begründet haben und begründen? Wenn in zahllosen Broschüren und Zeitungen gegen England gehetzt wird und wenn dann die Regierung den von jenen Kreisen geforderten gewaltigen Flottenausbau betreibt, dann kann es keinem objektiv Urteilenden verwundern, daß auch in England weiteste Kreise und maßgebende Stellen die deutschen Flottenrüstungen als gegen England gerichtet ansehen.

Dazu kommt, daß die Reden, welche der deutsche Kaiser über deutsche Weltpolitik gehalten hat, im Auslande, insbesondere in England allerdings den Verdacht aggressiver Ueberseebestrebungen erweckt haben. Am 18. Januar 1900 sagte der Kaiser: Aus dem Deutschen Reich sei ein Weltreich geworden, überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute; jetzt sei es die erste Pflicht ihm zu helfen, dieses Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern“. Am 4. Juli 1900 sagte er: überall auf dem Ozean dürfe ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entdeckung mehr fallen. Am 8. August 1900 versicherte der Kaiser, daß sein Arm auch bis in die entferntesten Teile der Welt reiche. Am 11. Oktober 1900 sagte er ausdrücklich, dem deutschen Volke möge in Zukunft beschieden sein, so maßgebend zu werden, wie es einst das römische Reich war, dessen Imperator der Welt seinen Willen aufzwang. Diese und andere ähnliche Worte des Kaisers sind im Auslande sehr ernst genommen worden. Man rechnet dort weniger mit dem Temperament des Monarchen, das sich in überschwänglichen Wortgebilden ausdrückt. Jedes Wort des deutschen Kaisers mußte im Auslande als Ausdruck eines wohl überlegten Planes gelten.

Und nicht minder hat der ernste Friedensbereiter Anlaß, neben den Treibereien der englischen Diplomatie und neben den schweren Verfehlungen eines Delcassé die Sünden der deutschen Diplomatie im Marokkokonflikt festzustellen: das jähe und rauhe Eingreifen in die Marokkofrage, die zuvor als nebenächlich und deutsche Interessen nicht berührend bezeichnet war, und zwar zu einer Zeit, als Frankreich sich infolge der russischen Niederlagen in erschwelter Situation befand, dazu die Inzenerierung des Reispomps nach Tanger durch den Fürsten Wilkows. Es war das hohe Verbrechen der französischen Sozialdemokratie, daß nach solchem Vorgehen von deutscher Seite der durch die Politik Delcassés geschaffte französische Chauvinismus nicht abermäßig emporkochte und blutiges Verderben heraufbeschwor, daß vielmehr durch den Sturz Delcassés zu gleicher Zeit die Fehler der deutschen Diplomatie überwunden wurden. Hätte Deutschland ernsthafte parlamentarische Institutionen und politische Parteien, welche die auswärtige Politik nicht den dynastischen und diplomatischen Bedienten überlassen, so müßte Wilkows dort sein, wo Delcassé ist!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober.

Der „Reichsverband“ in tausend Nöten.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie will die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft vor dem roten Umsturz retten; er hält aber schlechte Ordnung in seinem eigenen Bureau. Die Abwidelung seiner Geschäfte vollzieht sich daher unter ständigen Lustspielwittungen, die ihren Höhepunkt darin fanden, daß verheerend sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zum Anschlag an den ordnungstretterischen Verband eingeladen wurden. Ein Versehen ähnlicher Art hat das „Echo der Gegenwart“ in den Besitz eines recht interessanten Schreibens gebracht. Ein Zentrumsanhänger in Kachen, vermutlich ein nicht unbegüterter Herr — denn auf solche hat es die rührige Geschäftsstelle zunächst abgesehen — war zum Beitritt aufgefordert, hatte aber unter deutlichem Hinweis auf seine ultramontane Gesinnung ablehnend geantwortet. Daraufhin erhielt er verheerend das folgende Schreiben:

Sehr geehrter Herr!

Aus Ihrem Schreiben vom 8. d. Mts. ersehen wir zu unserem Bedauern, daß Sie dem „Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie“ nicht glauben beitreten zu können, weil Sie in dem Ultramontanismus den Todfeind unseres deutschen Vaterlandes erblicken. Da wir großen Wert darauf legen, alle national-gesinnten Männer in unserem Verbands zu vereinigen, so wollen Sie uns gestatten, daß wir auf Ihren Brief einiges erwidern. Eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie ist zugleich der beste Weg, um die Macht und den Einfluß des Ultramontanismus zu brechen. Die Reichsregierung befindet sich bei der heutigen Stärke der verschiedenen Parteien in einer ungemein schwierigen Lage. Die nationalen, oder in diesem Falle vielleicht richtiger, die alten Kartellparteien bieten im Reichstage der Regierung nicht diejenige Majorität, die sie nötig hat, um auf dem Gebiete der Flotten- und Heeresvermehrung, der Kolonialpolitik usw. wirklich nationale Politik treiben zu können. Sie ist also notgedrungen auf eine Unterstützung durch den Ultramontanismus angewiesen, soll die gesamte Gesetzgebungsmaschine nicht ganz zum Stillstand gebracht werden. Nun hat sich der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ die Aufgabe gestellt, vor allem bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß möglichst viel Wahlkreise der Sozialdemokratie wieder abgenommen werden. Die Sozialdemokratie verfügt belamlich über 78 Sitze im Reichstage. Unter diesen sind etwa 30 bis auf weiteres fester Besitz der Sozialdemokratie, wo die Verwendung von Kräften und Geld eine nutzlose Vergeudung wäre. Es bleiben aber immerhin 48 Wahlkreise, unter denen mindestens 30 den Sozialdemokraten wieder abgenommen werden können, wenn alle Nichtsozialdemokraten bei den Wahlen ihre Pflicht tun und das Bürgertum es unterläßt, sich gegenseitig zu zerstreuen. Gelingt es, was bestimmt zu hoffen ist, diese 30 Wahlkreise den Sozialdemokraten wieder abzunehmen und unter die nationalen Parteien zu verteilen, so würde die Regierung sofort diejenige Mehrheit im Reichstage haben, die es ihr ermöglichen würde, sich von der Rücksicht auf den Ultramontanismus frei zu machen und sich auf die übrigen bürgerlichen Parteiververtretungen im Reichstage bei ihren nationalen Aufgaben zu stützen. Einen besseren Weg, den aus allen Gegenden gedrückten Wählern in bezug auf die Zurückdrängung des Ultramontanismus entgegenzukommen, gibt es also nicht, als durch eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Reichsregierung muß Realpolitik treiben. Würde sie den Ultramontanismus bekämpfen, ohne daß die Sozialdemokratie an ihrer Stärke im Reichstage vermindert würde, so würde die Regierung sich einfach zwischen zwei Stühle setzen, und eine solche Möglichkeit kann sie natürlich nicht riskieren. So lange also die heutige Parteikonstellation im Reichstage vorhanden ist, wird die Macht und die Bedeutung des Ultramontanismus weiter wachsen, und jeder Sozialdemokrat mehr im Reichstage bedeutet somit zugleich indirekt eine Stärkung der Macht und Bedeutung des Ultramontanismus. Diejenigen also, die im Ultramontanismus ein Gefähr sehen, können nichts Besseres tun, als alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu unterstützen; das ist eine logisch vollständig richtige Konsequenz, die aber leider noch viel zu wenig beachtet wird.

Wir hoffen, daß Sie nach diesen Ausführungen unsere nationalen Bestrebungen nunmehr doch durch Ihre Mitgliedschaft unterstützen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

die Geschäftsstelle des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.“
Dr. Vogenschen.

Der Reichsverband hat also die 30 Mandate, die er der Sozialdemokratie abzugeben gedenkt, schon an die „nationalen Parteien“ verteilt, um das Geschäft fertig zu machen, fehlt nur noch die Kleinigkeit — daß er sie hat. Wenn übrigens die „Germania“ ernsthaft bemerkt, sie habe schon längst gehört, daß der Reichsverband es im letzten Grunde darauf abgesehen habe, „das Land vom Zentrumsjoch zu befreien“, so befindet sie sich gewiß im Irrtum. Offenbar hat zur gleichen Zeit, da der Ultramontane in Kachen mit weitauferenden Augen die felt-same Beitrittseinladung las, irgendwo anders ein grüner Kulturkämpfer mit nicht geringem Erfrauen gelesen, er müsse unbedingt dem Reichsverbande beitreten, weil der Reichsverband mit den Anschauungen des Katholizismus völlig übereinstimme und gerade das Zentrum durch ihn die allerbeste Förderung erfahre. Was die Geschäftsstelle des Reichsverbandes tut, geschieht nur verheerend. „Verheerend“ wird sie auch zu allerletzt als ein „Reichsverband für die Sozialdemokratie“ nur unsere Geschäfte besorgt haben.

Der neue Handelsminister. Der bisherige Oberpräsident von Westpreußen, Herr De Lbrück, soll bereits das Portefeuille des preussischen Handelsministers angenommen haben. Damit erledigt sich die Vermutung unseres Dortmunder Parteiblattes, daß Herr Schmieding ausersehen sei, den langen Wähler zu ersetzen.

Der Zweierlei-Rechts-Minister, Herr Schönstedt, geht nun wirklich. Ueber seinen Nachfolger ist nur soviel bekannt, daß er, sei es immer, ebenfalls auf den „Rechtsgrundriss“ schwören wird. Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.

Agrarischer Schwund. In den letzten Wochen bringen konservativere Blätter alle paar Tage ein Schreiben irgend einer verständigen landwirtschaftlichen Autorität, in dem behauptet wird, es und dort seien so viele schlachtreife Schweine vorhanden, daß die Bauern sie trotz niedriger Preisforderungen nicht los zu werden vermöchten. Hinterher stellt sich zwar stets heraus, daß die betreffende landwirtschaftliche Größe unerschämte gelogen hat, aber da die konservativen Blätter grundsätzlich keinerlei ihre Lügen enttrollenden Richtigstellungen bringen, bleibt bei den Lesern der Eindruck zurück, die Fleischsteuerung existiere nur in der Phantasie der Großhändler. Kürzlich hatte wieder der Reichstags-Abgeordnete Held in der Nähe von Verden solche Schweine-Läsen entdeckt, wo gute Schweine zu niedrigen Preisen zu haben seien. Darauf hat die Fleischer-Zunft zu Verden eine Anzahl ihrer Mitglieder nach den genannten Orten hingeschickt, um die seltenen Vorstehender aufzufassen — mit welchem Erfolg, lehrt folgendes Schreiben an die Redaktion der „Allgem. Fleischer-Ztg.“:

Verden, den 14. Oktober 1906.

Wir können Ihnen mitteilen, daß die Angaben, die dem p. Held gemacht worden sind, meistens der Wirklichkeit nicht entsprechen. Wir freuten uns, daß durch den p. Held uns solche Massen schlachtreife Schweine angewiesen wurden, und es fuhrten sofort nach Empfang des Bescheidnisses mehrere Schlächtermeister nach den bezeichneten Orten, die in der Nähe Verdens liegen. Aber leider fehlten alle leer zurück, weil sie keine Schweine schlachtreif an 200 Pfund Lebendgewicht (zweite Sorte), die übrigen sind nicht zu gebrauchen, auch sind welche von 100 Pfund dabei. Für sämtliche Schweine sind pro 100 Pfund Lebendgewicht 53 M. geboten. Das Gebot ist nicht angenommen. In Zinschede, Dahlhausen, Westen, Eigendorf und Zinschede konnte uns keiner von den betreffenden ein schlachtreifes Schwein nachweisen. Da hieß es, die sind schon verkauft oder ähnliches. Nach Lehmann-Oriulum haben wir uns brieflich erkundigt, der hat von tausend nur zwei fette Schweine. — Wie groß tatsächlich der schlachtreife Schweinebestand hier im Kreise Verden und Umgegend ist, beweist der Umstand, daß die Schlächter Tage lang Weilen weit umherfahren müssen, ehe sie ein Stück Schlachtvieh erhalten, und das ist dann meistens noch nicht die beste Ware. Gute schwere Schweine sind hier augenblicklich sehr wenig zu haben. Wenn die Schweine auch nur einigermaßen schlachtreif sind, dann sind sie schon verkauft. Dhr. Georgsdorf hat schon von den drei Monaten verfügbare welche verkauft. Wie die Angaben gemacht sind, beweist folgender Fall: Der Rademacher v. Aken in Zinschede wurde gefragt, ob er bei den Einwohnern im Orte angefragt und ob er die Schweine angesehen hätte, da gab er zur Antwort, nein, das hätte er und ein Väder im Orte schätzungsweise gemacht.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Fleischer-Zunft Verden.
F. Kulppe. Daniel Delfke. Fr. v. Uffel.

Ein Kunstfenster für Mader.

In der Luther- und Wartburgstadt Eisenach gibt der Inhaber einer großherzoglich sächsischen Hofkunsthandlung, Johannes Starke, durch Internat folgendes bekannt:

Am 11. d. M. ist mir per Post nachstehendes Schreiben zugegangen:

„Sie sind ein Jugendverderber —
Einer sagt es, viele denken es,
Und andere handeln danach.“

(Auf die Kadlage Bezug nehmend.)

Ist mir zunächst nicht recht erklärlich, was gerade bei meiner letzten Kadlage den Einsender verlegt hat, so möchte ich ihn sowie diejenigen, die laut Schreiben ebenso wie er denken, ersuchen, doch die andere Straßenseite zu benutzen, wenn meine Kunstauslagen sie stören. Gott sei dank sind wir in Eisenach doch nicht im schwarzen Köln oder München, wo es allerdings vorgekommen ist, daß ein Kunsthändler aus seinem Fenster Böllins „Spiel der Wellen“ oder Corregios „Wähende Magdalena“ entfernen mußte. Bisher ist es stets mein Bestreben gewesen, in Eisenach die Kunst zu heben und zu fördern, was mir laut Zeugnis maßgebender Persönlichkeiten auch immer mehr gelingt, wie auch mein Kunstsalon und mein Kunstlager in Eisenach die führende Stellung erlangen haben. Derartigen Kunsthandlungen, die sich über in meinem Fenster aufgestellte Sachen wie: „Dornauszieher“ oder „Ariadne“ usw. aufregen, ist leider nicht zu helfen und ich verzichte gern auf dieselben. Ich aber habe mich veranlaßt gefühlt, aus Anlaß des eingegangenen Schreibens heute ein Kunstfenster für

Mader und alle die, die es sein wollen,
zu dekorieren.

Diesem jedoch, die alles Wahre und Schöne in der Kunst lieben, bitte ich um freundliche Beachtung dieses Schaufensters.

Hochachtungsvoll

Großh. sächs. Hof-Kunsthandlung
Johannes Starke.

Und das nennt sich sogar „Hof“-Kunsthändler!

Vermehrter Schutz für die Eisenbahner. (Eig. Ber.) Stuttgart, 15. Oktober. Im Anschluß an die kürzliche Meldung von der Einführung der neunmündigen Arbeitszeit für die Werkstättenarbeiter der württembergischen Staatsbahnen seien noch einige Maßnahmen erwähnt, die von der Generaldirektion nunmehr über die Dienst- und Ruhezeit der württembergischen Eisenbahnbediensteten erlassen worden sind. Pausen von weniger als 30 Minuten Dauer, die in die Dienstzeit fallen, sollen von nun ab als Dienstzeit gerechnet werden. Die ständig, auch am Sonntag, beschäftigten Beamten, Unterbeamten, Hülfsumunterbeamten und Arbeiter im Stations-, Bahnbewachungs-, Lokomotiv- und Zugbegleitungs-Dienst erhalten monatlich drei und bei regelmäßiger Verwendung in vollen Nachdiensten mit kurzem Wechsel monatlich vier Ruhetage. Dem Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal soll möglichst noch weitere dienstfreie Zeit von längerer Dauer je nach dem Maß der Inanspruchnahme eingeräumt werden. Von jetzt ab dürfen nur noch vier Nachdienste hintereinander angelegt werden, bisher durften es 5 bis 7 sein. Diese Bestimmung gilt auch für das Lokomotiv- und Zugpersonal. Weitere Dienst-erleichterungen sollen folgen, sobald das hierfür benötigte neue Personal herangebildet ist.

Landtagswahl in Württemberg.

Stuttgart, 14. Oktober. (Eig. Ber.) Die Landtagswahl, die im Kreis Tullingen hat das als wahrscheinlich vorausgesehene Ergebnis gezeitigt, den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Mattulat, in Stichwahl mit dem Kandidaten der vereinigten Demokraten und Nationalliberalen, Reichstagsabgeordneten Storz, zu bringen. Die Wahlbeteiligung ist bei der Hauptwahl auf 73 Proz. zurückgegangen, während sie bei der letzten Hauptwahl 88 Proz. betrug. Dennoch wuchsen unsere Stimmen von 1396 auf 1714, während die vereinigten Volksparteier und Nationalliberalen von 2007 auf 2568, das Zentrum von 1204 auf 1025 Stimmen zurückging. Ist daher auf einen Erwerb des Mandats durch die Sozialdemokratie auch kaum zu rechnen, so ist unser Stimmenzuwachs angesichts der geringeren Wahlbeteiligung und des Stimmenrückganges der gegnerischen Parteien doch mit Genugthuung zu registrieren.

Im Vordergrund der in letzter Zeit stattgefundenen Wahlbewegungen stand durchgängig die Frage der Verfassungs-

reform, die noch in diesem Herbst im Landtag zur Entscheidung gebracht werden soll und deren Schicksal in der Zweiten Kammer von wenigen Stimmen abhängig sein wird. Da das Zentrum der grundsätzliche Gegner des gesamten Reformwerkes ist, so verdient es besonders hervorgehoben zu werden, daß die Wahlpolitik des Zentrums bei diesen Nachwahlen keine Vorbeeren geerntet, vielmehr ziemlich schlecht abgeerntet hat.

In der Bevölkerung ist die Meinung weit verbreitet, daß das Werk der Verfassungsrevision nicht nochmals scheitern, sondern diesmal möglichst gefördert werden solle. Daraus ist auch der relative Erfolg der liberalen Kandidaturen in diesen Nachwahlen zu erklären. Würde es sich bei diesen Wahlen nicht um die Entscheidung über ein bestimmtes Gesetzgebungswerk gehandelt haben, hätte vielmehr die Wählerkraft Reizung gehabt, nach allgemeinen politischen Gesichtspunkten zu entscheiden, so wäre zweifellos die Kandidatur eines Pseudodemokraten vom Schlage Storz' auf zwei erheblicheren Widerstand gestoßen. In diesem eigenartigen Politiker hat sicherlich die eigene Partei in der letzten Zeit keine große Freude gehabt. Derselbe Reichsanwalt Storz, der seinerzeit auf den Reserverdeputierten verzichtete und den Offizierswegen, der ihm winkte, ruhig ausschlug, um auch fernerhin seinen demokratischen Überzeugungen treu bleiben zu können, verleihe „Demokrat“ verkündete, nachdem er die 12tägige Sprinkour auf Kosten Börmanns nach Kamerun und Togo abfolviert hatte, im nationalliberalen (1) „Schwäb. Merkur“ urbi et orbi seine „Begrüßung für dieses wunderbare Land“ und ließ seinen Bahlauftritt in dem charakteristischen Satz gipfeln: „Die politische Entwicklung des Landes kann nur fortschreiten, wenn die bürgerlichen Kreise sich um die Forderungen der Zeit (?) gemeinsam scharen und ihre Macht zu gebrauchen lernen. Hierdurch werden auch die nationalen Ziele gefördert werden, die mir immer am Herzen lagen.“ Ein weiterer Demokrat, der sich mit den Nationalliberalen, den Mitschuldrigen des Jollywagers, den Brot- und Fleischvertreuerern, um gemeinsame „Forderungen der Zeit“ scharen, mit ihnen gemeinsam „die nationalen Ziele“ fördern will. Wie gesagt, wenn nicht, was für bestimmte Tatsachen vorliegen, die die Wähler in erster Reihe das Schicksal der Verfassungsreform zu sichern sich bemüht hätten, so wäre dieser Erfolg gegenüber einem so entwicklungsfähigen Volksmann schon diesmal ein größerer geworden.

Zentrums-Obstruktion. München, 16. Oktober. (Priv. Tel.) Die Obstruktion der Ultramontanen im Reichstag dauert fort. Ein Vermittlungsversuch des Bürgermeisters wurde zurückgewiesen. Die Liberalen beschloßen, die Ultramontanen bei der Beratung über ihren Einspruch gegen Verstrafung wegen Fernbleibens von der Sitzung auszuschließen. Der Sozialdemokrat Rath wies darauf hin, daß die Liberalen zugleich Kläger und Richter sein wollen. Die Rede des Sozialdemokraten machte solchen Eindruck auf die Liberalen, daß diese die Verstrafung über den Einspruch beschloßen und neuerdings Verstrafungsversuche mit den Ultramontanen machen. Der liberale Vorstand wollte ein Vertrauensvotum haben. Er traute sich aber, dieses Votum angesichts der Lage nicht zu verlangen.

Gesichte in Südwestafrika.

Am 12. Oktober wird gemeldet: Berlin, 16. Oktober. Am 12. Oktober wurde durch die 30. Gewehr-Regiment Patrouille des Oberleutnants Heres eine Hottentottenbande am oberen Fuß unter Elias überrascht. Anscheinend wollte dieser die durch das Gesecht bei Kubis am 13. September völlig zerstörten Vanden von neuem sammeln. Die Hottentotten räumten das Gesecht in völliger Panik unter Verlust von 50 Toten. Auf der Verfolgung kam es 10 Kilometer weiter südlich am Nachmittag nochmals zu einem zweifelhafigen Gesecht, in dem noch 5 Hottentotten fielen. Deutscherseits fiel 1 Reiter.

Ferner hatte am 5. Oktober eine deutsche Patrouille unter Leutnant Schulz ein siegreiches Gesecht am Kutip, wobei sechs Hottentotten fielen, bei uns drei Reiter verwundet wurden.

Der englische Kolonialsekretär in Kapstadt hat dem deutschen Generalkonsul mitgeteilt, daß 150 unbewaffnete Witbois auf englisches Gebiet übergetreten sind. Sie sollen auf zwei östlich Wpington gelegenen Regierungsfarmen interniert und dort polizeilich scharf überwacht werden.

Morenga überfiel bei Schuitdrift einen deutschen Posten und erbeutete 15 Proviantwagen. Hierbei fielen Leutnant Surmann und 4 Mann, 8 Mann wurden verwundet und 8 Mann traten auf englisches Gebiet über. Letztere werden bei Namansdrift wieder auf deutsches Gebiet zurückgebracht. Waffen und Munition werden dem deutschen Generalkonsul übergeben.

Die Kapregierung hat den Polizeioffizier in Pella, wohin Morenga Weiber und Kinder bringen wollte, angewiesen, das Uebertreten der Westren Morengas auf englisches Gebiet zu verhindern. Eine Verstärkung des Ueberfalls bei Schuitdrift liegt hier noch nicht vor.

Oberleutnant van Semmern trat am 14. Oktober mit zweiter Kompanie Regiments 1, neunter und zehnter Kompanie Regiments 2, Ersatzkompanie 3a, 5 Geschützen neunter Batterie und 2 Maschinengewehren der Maschinen-Gewehr-Abteilung 2 aus der Linie Springbuis-Geiracha bis Umanas den weiteren Vormarsch gegen Morenga an, der in der Gegend von Ondermaatsje stehen soll.

Es fällt in dem Bericht über das Gesecht gegen den Hottentottenhäuptling Elias auf, daß die Hottentotten 50 Tote verloren, jedoch keinen einzigen Verwundeten! Sollte auch gegen die Hottentotten, deren Kriegsführung doch eine durchaus zivilisierte ist, der derzeitige Befehl Trostlos gelten, daß alle Männer einfach niederschützen sind?

Da die deutsche Schluppe bei Schuitdrift durch eine amtliche Meldung aus Kapstadt mitgeteilt wird, kann kaum ein Zweifel obwalten, daß dieser geglückte Ueberfall Morengas sich in der Tat so zugetragen hat, wie er von englischer Seite dargestellt wird. Wir hätten es also mit einer zweiten Schluppe unserer Truppen gegen Morenga zu tun. Denn da die amtliche Berliner Stelle erklärt, daß ihr über diesen Ueberfall von deutscher Seite noch keine Nachricht zugegangen sei, kann diese Schluppe nicht identisch sein mit derjenigen, die dieser Tage bereits bekanntgegeben wurde.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Kabinett Fejervary.

Eine offizielle Erklärung besagt, Fejervary sei durch schriftliche Mitteilung mit der Kabinetsbildung und mit einem vom Kaiser unterfertigten Handschreiben bereits am Sonnabend in Budapest eingetroffen, um Minister für bisher unbesetzte Postenstellen zu suchen. Dies werde in wenigen Tagen geschehen sein und dann sofort die Publikation des neuen Ministeriums erfolgen. Dieses werde ein Kampfkabinett sein und Hochadel und Zentrum gegenüber sich auf das Volk berufen.

Meuterei an Bord des österreichischen Kriegsschiffs „Panther“.

Der Korrespondent der „Tribuna“ teilt aus Pola den letzten Brief des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Unteroffiziers Gerich von dem österreichischen Kreuzer „Panther“ mit, in dem der Schreiber sich über schlechte Behandlung beklagt. Wenn der Brief authentisch ist — und es liegt keinerlei Grund vor, hieran zu zweifeln — so wird er es jedenfalls der österreichischen Regierung sehr schwer machen, die Meuterei zu dementieren, wie sie es bis jetzt versucht.

Der junge Gerich schreibt seiner Mutter, daß es ihm sehr schlecht ginge, so daß er für alle Fälle einen „Strich und ein Stück Seife“ bereit hielt. Die Mannschaft müsse Tag und Nacht arbeiten, hätte schlechte Verpflegung und könne sich nicht einmal aus eigener Tasche

etwas kaufen, da der Koch an Bord Befehl hätte, ihnen nichts zu verkaufen und in den Käsen die Mannschaft sich nicht auszuwaschen, noch mit Becken unterhandeln dürfe. Der Unteroffizier klagt ferner über die vielen Strafen. Drei Unteroffiziere waren schon degradirt worden, vier unter Prozeß und zwei im Gefängnis. „Es wird nicht viel Zeit vergehen, so werden die Greizer und Matrosen meutern. Die Schuld an allem hat der Schiffsführer Stephanovic. Die anderen Offiziere sind durch ihn so böse geworden. Eines schönen Tages wird wohl einer von ihnen ins Meer geworfen werden.“

Die posthume Zeugenschaft Gerichs dürfte der österreichischen Marineverwaltung recht unangenehm sein. Der Brief, dessen Datum die „Tribuna“ nicht wiedergibt, ist an der australischen Küste geschrieben worden.

Dänemark.

Eine Präsidentenreise ist Ende der vorigen Woche im Folkething ausgedrungen. Die sozialdemokratischen und radikalen Abgeordneten haben einen Antrag eingebracht, wonach der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Things unteruchen soll, ob die Art, wie der jetzige Präsident die Verhandlungen leitet, mit der Praxis des Folkethings und den Rechten der Mitglieder übereinstimmt. Der Präsident Thomson, der Anfang dieses Jahres an Stelle Triers gewählt wurde, hat besonders in der Sitzung am Freitag Redner verschiedener Parteien ganz harmloser Äußerungen wegen unterbrochen. Das passierte sogar einem sehr königlich gemüthten Konservativen, der einige Worte über das Verhältnis des dänischen Königs zum isländischen Volk sagen wollte. — Thomson hat nun am Sonnabend erklärt, daß der Antrag auf Untersuchung über seine Leitung der Verhandlungen nicht zur Diskussion gestellt werden könne, aber zugleich um Entbindung von seinem Präsidentenamt nachgesucht.

Die kommunale Wahlrechtsreform, wie sie im Jahre 1903 vom Folkething beschloßen worden ist, stand am Freitag als Regierungsvorschlag auf der Tagesordnung des Landsting. Wie bereits im Frühling dieses Jahres, so zeigte die Mehrheit des dänischen Oberhauses auch jetzt keinerlei guten Willen, das Zweiklassen-Wahlrecht der Kaufstädte und Landgemeinden, sowie das Sopenhagener Zensus-Wahlrecht zu befeitigen. Unser Parteigenosse E. C. Andersen forderte wohl die Regierung auf, etwas kräftiger als bisher für diese, bekanntlich schon bei der Ministerkrise des Jahres 1901 feierlich gelobte Reform einzutreten, ob sie das aber tun wird, daran kann man mit Recht zweifeln. Der Landsting überwiegt die Vorlage einem Auschuß und dieser wird jedenfalls so gründliche Arbeit machen, daß nichts Brauchbares dabei herauskommt.

Schweden.

Eine Arbeiterdemonstration für Volksabstimmung über die Regierungsform fand am Sonntag in Kristiania statt.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, beteiligten sich an der Kundgebung 5000 Demonstranten mit 30 Fahnen. Eine Resolution, die verlangt, daß durch Volksabstimmung über die Regierungsform entschieden wird, wurde einstimmig angenommen. Die Resolution wird dem Storting überwiesen werden.

Rußland.

Großfürst Ayrill ist durch Tagesbefehl des Zaren vom 15. Oktober aus der Armee entlassen worden. Man vermutet, daß der Großfürst, der seinerzeit zu den Benigen gehörte, die sich bei dem auf eine Mine geratenen Flaggenschiff „Petropawlowsk“ retten konnten, in Ungnade gefallen ist, weil er sich kürzlich in München mit der geschiedenen Großherzogin Melitta von Hessen vermaählt hat.

Serbien.

Eröffnung der Stupschina.

Am Montag vormittag fand die feierliche Eröffnung der Stupschina-Tagung durch den König statt. Die Thronrede führt aus, der König werde im Einvernehmen mit der Regierung die weitere Ausbildung des großjährig gewordenen Kronprinzen im Sinne der serbischen nationalen Ueberlieferungen und im Geiste der Verfassungsmäßigkeit fortsetzen. Die Stupschina werde sich diesmal vorwiegend mit Gesetzesentwürfen zur Hebung der Volkswirtschaft zu beschäftigen und die abgeschloßenen Handelsverträge zu genehmigen haben. Die Kosten der Neubewaffnung der Armee würden durch eine Anleihe aufgebracht werden, für deren Verzinsung jedoch keine neuen Steuern erforderlich sein würden.

Japan.

Der Friedensunterhändler Baron Komura ist am Montag in Tokio angekommen. Zum Empfang am Bahnhof waren hauptsächlich nur Beamte erschienen. Die Strafen waren scharf durch Truppen, Polizei und Gendarmen bewacht.

Der Kriegsminister erließ einen Befehl an sämtliche Armeen, worin er die Kritik an den Friedensbedingungen verbietet, da Friede und Krieg gänzlich von dem Herrscher abhängen.

Das klagt ja äußerst autokratisch!

Die Revolution in Rußland.

Das Begräbniß des Fürsten Trubekow.

Petersburg, 16. Oktober. Die Leiche des Fürsten Trubekow ist heute morgen unter großer Beteiligung, namentlich von Studenten und Arbeitern, nach dem Moskauer Bahnhof gebracht worden, von wo sie mittels Sonderzuges nach Wostokau übergeführt wird.

Als die Leiche des Fürsten Trubekow bereits nach dem Bahnhof übergeführt war und sich noch eine nach Tausenden zählende Menge auf dem Platz vor dem Bahnhofgebäude befand, sprengte plötzlich eine im Hof eines benachbarten Grundstücks bereit gehaltene Eskadron Gendarmen mit gezogenen Säbeln gegen die Volksmenge. Es entstand eine momentane Panik. Die Menge drängte nach dem Newski-Prospekt zurück; aus der Menge fiel ein Revolverknall. Die Ruhe wurde ohne weitere Zwischenfälle bald wieder hergestellt. Einzelne Gruppen sangen die Marschallkaffe. Als die Leute am Newski-Prospekt entlang am Admiraltätsboulevard angelangt waren, wurden rote Fahnen entfaltet. Gendarmen und Kosaken zerstreuten die Demonstranten.

Petersburg, 15. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während der Ueberführung der Leiche des Fürsten Trubekow war der ganze Pnamenskaja-Platz mit Menschen, die nicht hatten in den Bahnhof gelangen können, angefüllt. Als plötzlich ein Revolverknall fiel, griffen Kosaken und Gendarmen die Menge an und trieben sie auseinander. Nachdem der Zug mit der Leiche des Fürsten Trubekow abgefahren war, zog die Menge mit roten Fahnen den Newski-Prospekt entlang; sie wurde von der Polizei und von Militär auseinander getrieben, rottete sich aber wieder zusammen, stieß, an der Universität angelangt, auf patrouillierende Gendarmen und Kavallerie und warf Steine gegen diese. Es erschien darauf Polizei, die den Teil der Menge, der sich nicht hatte in das Universitätsgebäude flüchten können, auseinander trieb; zwei Personen wurden verlegt.

Gymnasien-Bewegung.

Petersburg, 15. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Als heute im fünften Petersburger Gymnasium während der Jahresfeier die Nationalhymne vorgelesen wurde, wurde von mehreren Seiten gepfiffen. Viele der Anwesenden stürzten zu den Türen, um ins Freie zu

gelangen, und es entstand große Verwirrung, die, als plötzlich eine Petarde explodierte, in Panik und allgemeine Flucht ausartete.

Revolutionäre Druckereien.

Witebst, 14. Oktober. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) In der Zentralkasse wurde eine geheime Druckerei und Niederlage verbotener Schriften mit einem Stempel des sozial-revolutionären Komitees entdeckt. Dreißig Personen wurden verhaftet.

Scherzstreik.

Petersburg, 16. Oktober. Die hiesigen Scher haben heute als Sympathiebeweis für die Moskauer Kollegen beschlossen, auf drei Tage die Arbeit niederzulegen.

Aus der Partei.

Ein Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, das Fürstentum Lübeck und den Hamburger Staat fand am Sonntag und Montag in Elmshorn statt. Es sind 104 Teilnehmer erschienen, darunter die Reichstags-Abgeordneten Frohne, v. Elm und Lesche. Auf der Tagesordnung stehen außer den geschäftlichen Angelegenheiten die Ausgestaltung der Provinzorganisation und die Preisfrage und die Grenzfrage unserer Provinz. Der Parteisekretär für das Agitationsgebiet, **Caalfeld-Rennhäuser**, erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, den wir vor kurzem ausgiebig mitgeteilt haben; er konstatiert einen Fortschritt auf allen Gebieten und teilt mit, daß im verflohenen Monat 450 neue Abonnenten für das hiesige Parteiorgan gewonnen worden sind. Erhalte die Agitationskommission die erforderlichen Mittel zur Entfaltung einer intensiven Agitation, so werde diese große Früchte tragen. Aus dem Bericht der Revisionskommission geht hervor, daß der Kassenbestand der A. N. 5052,27 M. beträgt. In der Debatte wird lebhaft der in Hamburg gefasste Beschluß betreffs Trennung vom Agitationsgebiet und dessen Ursachen erörtert. Die Hamburger Delegation wird die Erklärung bei dem sich mit Organisationsangelegenheit befassenden Punkt abgeben. Ein Hamburger Genosse führt die Ursachen der beschlossenen Abzweigung auf die Ueberrumpelung auf dem vorjährigen Provinzparteitag zurück. Den Hamburgern hätte erst Gelegenheit geboten werden müssen, sich zu der Umgestaltung der Organisationsverhältnisse zu äußern. Aus dieser Unterlassung resultiere die Mißstimmung der Hamburger Genossen. Ihm wird erwidert, daß es gerade Hamburger Genossen waren, die im vorigen Jahre in der mit der Beratung des Entwurfs betrauten Kommission für den festen Zusammenschluß des Agitationsgebietes eingetreten seien. Der Geschäftsbericht wird einstimmig Decharge erteilt. Ueber die Provinzorganisation referiert **Alex. Mel.**, der eingehend den vorliegenden Entwurf eines Organisationsstatuts für Schleswig-Holstein, den Hamburger Staat und das Fürstentum Lübeck erörtert. Falls es wahr sein sollte, daß Hamburg aus dem Agitationsgebiet auszuscheiden beabsichtigt, woran er noch zweifelt (Zuruf: „Geschlossene Sache!“) — Das wäre tief bedauerlich — dann müßten einige Bestimmungen des Entwurfs modifiziert werden. Jedenfalls werden die Hamburger und nicht ihre finanzielle Unterstützung entziehen. (Zuruf: „Darauf bezieht sich der in Hamburg gefasste Beschluß!“) Nun, dann warten wir ab, was die Hamburger Delegation sagen wird. Abends 7 1/2 Uhr wird die Verhandlung auf Montag vertagt.

Der niederrheinische sozialdemokratische Parteitag tagte am Sonntag in Essen. Eingangs der Verhandlungen widmete Genosse **Gewehr** dem verstorbenen Veteranen Genossen **Harm. Elberfeld** einen warmen Nachruf, worauf sich die Delegierten zu Ehren des braven Vorkämpfers von den Vätern erhoben. Den Bericht des Agitationskomitees erstattete Genosse **Gewehr**. Das wesentlichste aus dem gedruckt vorliegenden Bericht haben wir bereits mitgeteilt. Bei dem großen Niefensturm der Vergarbeiter hat das Agitationskomitee insofern mitgewirkt, als es Redner stellte und Auftrufe erteilte. Die Gelder seien zu 80 Proz. von uns aufgebracht worden. Der glänzende Erfolg bei der Essener Nachwahl sei leblich der vorzüglichen Organisation zu danken; die Essener Genossen haben das äußerste geleistet. In diesem Jahre sei auch vom Agitationskomitee eine 18 Seiten starke Broschüre: „Aufgepaßt!“ herausgegeben worden. Den Antrag Düsseldorf, die Agitationschrift „Morgenrot“ alle 14 Tage herauszugeben, bitte er abzulehnen. In Elberfeld-Varnen habe sich gezeigt, daß zwei Drittel Abnehmer des „Morgenrot“ nicht einmal Abonnenten der Parteipresse seien. Weiter bekämpfte er einen von Herlohn gestellten Antrag, der dahin geht, die Wahlkreise Hagen, Iserlohn und Siegen vom niederrheinischen Agitationsbezirk abzutrennen.

Den Kassenbericht vom Agitationskomitee gab Genosse **Faure-Elberfeld**. Die Einnahme betrug 7076,26 M., die Ausgaben dagegen 4508,28 M. Der Kassenbestand beträgt 2477,98 M. Genosse **Ullmann-Elberfeld** berichtet über die Agitationszeitung „Morgenrot“. In Orten, wo das „Morgenrot“ gratis gewünscht wird, ist es auch gratis abgegeben. Redner spricht sich ebenfalls gegen das 14tägige Erscheinen aus. Diese Agitationschrift erscheint monatlich.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 70 Delegierte anwesend. Die Mandate der Delegierten **Oran, Koch** und **Lang-Remscheid** wurden beanstandet. Ferner sind auf dem Parteitage anwesend das Agitationskomitee, Reichstags-Abgeordneter **Meiß**, 13 Kreisvertrauensleute, Genosse **Hofrichter-Röhl** als Vertreter des oberrheinischen Agitationsbezirks sowie 4 Vertreter der Presse. Ueber die drei angefochtenen Mandate entspinnt sich eine längere Debatte. Der Beschluß der Delegierten geht dahin, die drei Mandate für ungültig zu erklären, diese drei Delegierte als Gäste zu betrachten und ihnen bei Punkt „Presse“ das Wort zu gestatten.

In der Diskussion über den Bericht des Agitationskomitees wird einer lebhaftesten Agitation unter den Frauen das Wort geredet. Bei der Abstimmung wird der oben erwähnte Antrag Herlohn zurückgezogen, der Antrag Düsseldorf, den Agitationskalender wieder herauszugeben, angenommen. Zum Punkt „Presse“ referiert Genosse **Faure**. Habe auch die Zahl der Abonnenten der Parteipresse in den letzten Jahren erheblich zugenommen, so sei doch eine lebhafteste Agitation für dieses Kampfmittel dringend notwendig. Besonders innerhalb der Reihen der Gewerkschaftsmittglieder sollten sich die Parteigenossen bemühen, Abonnenten zu werden. Auch müßten die Genossen Wert darauf legen, Geschäftsleute zum Inzerrieren zu bewegen. Man solle auch nicht an jedem Orte eine Presse gründen, sondern die vorhandene lieber vergrößern. Zu verwerfen sei es, wenn in einem Bezirk zwei Parteizeitungen vorhanden sind. Die deutschen Parteitage haben sich schon häufig mit Neugründungen der Presse beschäftigt. Seit 1898 hat die Gesamtpartei 241 107 M. Zuschuß geleistet. Das ist ein Beweis, daß man nicht so schnell mit Neugründungen bei der Hand sein soll. Laut Beschluß des niederrheinischen Parteitages ist beschlossen, daß in einem Kreise kein zweites Blatt zu verbreiten sei. Unter diesem Gesichtspunkte müßte das Verhalten der Remscheider Genossen verurteilt werden. Dazu seien denn die Beschlüsse der Parteitage, die sich gegen die unüberlegten Neugründungen wenden. **Lang-Solingen** hält die Gründung des Remscheider Organs keineswegs für verfehlt und hofft, daß es mit dem Blatte vorwärts geht. Ueber die Remscheider Gründung entspinnt sich eine längere heftige Debatte. **Haas-Gevelsberg** geht auf die Ausbreitung der Parteipresse ein und begründet den Antrag Gevelsberg, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem der Wert der Arbeiterpresse klargelegt wird. Ein Antrag auf Schluß der Debatte in der Präsenzanwesenheit wird abgelehnt. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Parteipresse. Die „Königsberger Volkszeitung“ hat in den letzten Monaten einen erheblichen Aufschwung zu verzeichnen, der sie zu der Ankündigung veranlaßt, daß die Zeitung von jetzt ab täglich mindestens 1 1/2 Bogen stark erscheinen wird; außerdem soll

auch die „Neue Welt“ beigelegt werden. — Redakteur **G. Dillreiter**, der sieben Jahre an der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen tätig war, tritt am 1. November an Stelle des nach Dortmund überfiedelnden Genossen Stülden in die Redaktion unseres Altenburger Parteiorgans ein.

Literatur. Das Jenaer Parteitagprotokoll ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Es enthält die Verhandlungen nach den stenographischen Aufzeichnungen. Der Jenaer Parteitag war einer der wichtigsten für unsere Partei und so ist auch dieses Protokoll ein wichtiges Aktenstück, dessen Studium allen Parteigenossen ebenso zu empfehlen ist wie den Mitgliedern der Gewerkschaften. Von grundlegender Bedeutung ist für Partei und Gewerkschaften die Frage der Massei und des politischen Massenstreiks. Beide Fragen sind durch sachkundige Referate und durch erste Diskussionen auf diesem Parteitage verhandelt. Dazu kommen die übrigen Fragen: Organisation, Jugendziehung, Aufklärung der Militärpflichtigen usw.

Das 384 Seiten umfassende Protokoll kostet 70 Pf. broschiert, 1 M. gebunden, und es ist durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen.

„Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?“ Ueber diese Frage hat **Julian Vorwardt** eine Broschüre im Verlage der V. V. erscheinen lassen, die sich mit einer der wichtigsten Fragen der Erziehung befaßt. Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß die Prügel in der Schule zu verwerfen sei, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für das körperliche und geistige Entwickeln des Kindes verderblich sei. Er gibt dann vielfache Anregungen, wie man die Kinder ohne Prügel erziehen kann.

Der Preis dieser Broschüre beträgt 30 Pf., dieselbe ist in allen Parteibuchhandlungen und bei den Kolporturen zu haben.

Die Ehescheidung der Coburgerin vor Gericht.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Bisontai, der Anwalt der Prinzessin Luise, entgegnet, die Prinzessin trage nicht allein die Schuld an der Verschärfung der Situation. Nachtrag verweigert, daß es sich um eine Frau handele, die viele Jahre hindurch einer Behandlung ausgesetzt war, die sich nachträglich als vollkommen rechtslos und grundlos erwiesen habe. Ferner sei später jede Hilfe ausgeblieben. Der Prinz Philipp von Koburg sei ungarischer Staatsbürger, daraus ergeben sich weitere Konsequenzen.

Der Vorliegende **Zimmer** bittet, derlei Ausführungen möglichst beiseite zu lassen, um eine Erbitterung zu vermeiden.

Nachtrag erwidert: Die Prinzessin sei auf Gutachten von Sachverständigen für unzurechnungsfähig erklärt worden. Die Apnagage sei vom Prinzen gezahlt worden, so lange es mit seiner Würde vereinbar war. Sie wurde erst eingestellt, als die Verhandlung von der Gegenseite schroff abgelehnt wurde. Die Prinzessin habe in Paris nicht jeder Hilfe entbehrt. Wie er bereits betont habe, wurden erst vor wenigen Tagen vom König der Belgier 40 537 Franc Apnagage nach Paris gesandt. Der Prinz habe gegen seine Gemahlin stets aufmerksam und fürsorglich gehandelt.

Am 10 Uhr wurde die Verhandlung bis 11 Uhr zu Vergleichs-Verhandlungen vertagt.

Nach 11 Uhr wird dann die Verhandlung wieder aufgenommen. Die beiden Vertreter der Parteien erklären, daß sie im großen und ganzen mit den Vorschlägen zu einer

gütlichen Einigung

einkommen sind. Es wird daher eine Depesche an die Prinzessin nach Paris in dieser Beziehung gerichtet.

Die Verhandlungen wurden um 4 Uhr nachmittags fortgesetzt.

Zu Beginn der

Nachmittags-Sitzung

war kein Telegramm der Prinzessin Luise aus Paris eingelaufen, in dem sie ihre Einwilligung zu den angebotenen Vergleichs-Verhandlungen zu erkennen gab, und es mußte somit in die Verhandlung der Ehescheidungsfrage eingetreten werden.

Zunächst erhielt Justizrat **Dr. Kunreuther** das Wort zur Begründung der Scheidungsfrage. Er wiederholte den Antrag, das Landgericht möge als die in Streitigkeiten der Mitglieder des herzoglich-sachsen-coburgischen Fürstentums zuständige Behörde die am 4. Februar 1875 in Brüssel vorgenommene Trauung des prinzipalen Paares nach dem Bande scheiden, die Verklagte als den allein schuldigen Teil erklären und ihr die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Rechtsanwalt **Dr. Müller-Wolha** beantragt demgegenüber namens der Prinzessin, die Klage abzuweisen und dem Kläger die Kosten aufzuerlegen. Eine Einlassung auf die Klage verzweigt er.

Begründung der Klage

erhält darauf **Nachtrag** das Wort, nachdem das Gericht den Beschluß gefaßt hatte, die beiden österreichisch-ungarischen Vertreter zuzulassen, obwohl der Abgeordnete **Bisontai** sich der deutschen Sprache als wenig mächtig gezeigt habe. **Nachtrag** verweist auf die oben mitgeteilte Begründung der Klageschrift. Um den Geisteszustand der Prinzessin klarzutun, verweist er auf den Abstieg in Schwabmünz. Dazu kommt noch die Typhuserkrankung, mehrere Heißgeburten und schließlich die Tatsache, daß die Prinzessin damals auch unter dem erschütternden Eindruck des Todes des Kronprinzen Rudolf gelitten hätte. Er verweist, dann weiter auf den flagranten Ehebruch mit **Katadich** und auf die Weigerung, von dem Schlosse Lohor bei Agram in Kroatien in ihre Wohnung zurückzukehren. Charakteristisch sei ein Telegramm, das die Prinzessin am Tage des Duells zwischen ihrem Gatten und **Katadich** an den letzteren gesandt habe: „Dieser Tag ist der glücklichste meines Lebens.“ Aus allen diesen Umständen geht deutlich hervor, daß sich die Prinzessin der Verleitung der ehebrecherischen, des böswilligen Verlassens und der andauernden Weigerung, in ihr häusliches Domizil zurückzukehren, schuldig gemacht habe, und daß nach ihrem Verschulden die Ehe nach dem Bande getrennt werden müsse. Der Anwalt vertritt sich dann über die Zuständigkeitsfrage. Die Prinzessin Luise sei durch die Heirat Mitglied des koburgischen Hauses geworden und durch die Klage solle sie wieder aus der koburgischen Familie ausgeschlossen werden.

Bisontai begründet den Kompetenzeinwand. Er erhebt den Einwand gegen die Zuständigkeit des Gerichts aus folgenden Gründen: Der Kläger **Prinz Philipp** ist ungarischer Staatsbürger. **Prinz Philipp** ist laut Gesetz des Jahres 1888 Mitglied des ungarischen Magnatenhauses. Ferner ist **Prinz Philipp** in der ungarischen Armee Feldmarschall. Aus allen diesen Gründen geht hervor, daß der Kläger dem ungarischen Staatsverbande angehöre und ungarischer Staatsbürger sei. Seine habe **Milutin**, die Prinzessin Luise, sei daher ebenfalls ungarische Staatsbürgerin. Nur das Urteil eines ungarischen Gerichts gegen sie sei wirksam. Er wisse, daß die Gegenpartei sich darauf stütze, daß der Kläger Mitglied der landesherrlichen Familie von **Gotha** sei und danach laut Hausverfassung in seinem Prozeß diesem hohen Landesgericht unterstehe. Die Gegenseite zitiere das Hausgesetz, stütze sich also auf eine Ausnahmevorschrift. Das koburgische Hausgesetz habe die grundlegenden Bestimmungen der Zivilprozess-Ordnung nicht auf. **Prinz Philipp** sei Mitglied einer fremden Armee und habe als solches den Eid der Treue einem fremden Souverän geschworen und unterstehe diesem als oberstem Kriegsherrn. Das sei die erforderliche Vorbedingung. Es sei auch bezweifelnd, daß der Kläger mit seiner Klage herbeikomme, nachdem er vorher in der Frage der Verhängung der Kuratel das koburgisch-lothringische Hausgesetz in Anspruch genommen habe. Es sei ja sehr bequeme, als solches nicht nur seine Landeszuständigkeit, sondern auch seine Privilegien frei zu wählen. Er halte sich demgegenüber streng an das Gesetz und bitte, den Kläger mit seiner Klage abzuweisen und in die laufenden Kosten zu verurteilen.

Im Anschluß an diese Ausführungen richtet der Vorliegende an den Abgeordneten **Bisontai** die Frage, ob das Wiener Oberhofmarschallengericht eine Entscheidung aussprechen könne und ob nach seiner Auffassung eine dort ausgesprochene Ehescheidung in Ungarn vollstreckt werde und wirksam sein würde.

Abgeordneter **Bisontai** verneint die Frage. Das Oberhofmarschallengericht habe bisher stets nach österreichischem Rechte geurteilt. Für Ungarn gelte ein besonderes ungarisches Gesetzbuch, das nur die Scheidung nach Tisch und Bett kenne und niemals würde ein ungarischer Staatsbürger sich den Wohlthaten des ungarischen Gesetzes entziehen.

Nachtrag bestritt diese Anschauung und betont, daß er die Ehen der Gegenseite nicht verleihe, vor einem deutschen Gericht zu verhandeln. Er hätte ja sehr leicht die Ehe einfach durch den Landesherren scheiden lassen können. Er sei dem aber aus dem Wege gegangen und habe ein gewöhnliches deutsches Gericht um die Scheidung ersucht. Er hoffe, daß das Gericht auf alle Fälle seine Zuständigkeit erklären und ein Urteil fällen wird, das in der ganzen Kulturwelt Zustimmung findet.

Justizrat **Dr. Kunreuther** bittet noch, falls das Gericht seine Kompetenz beschließen sollte, die

Alten des österreichischen Kriegsministeriums

in Sachen des **Wesza Mattachich** herbeizuschaffen.

Der Vorliegende verkündet darauf, daß das Gericht sich zunächst über seine Kompetenz schlüssig machen werde und beraumt zu diesem Zweck einen neuen Termin auf den 30. Oktober an.

Soziales.

Auch ein Segen der Heimarbeit.

In der Edelmetallindustrie, namentlich in Pforzheim und Hanau, bekanntlich den Hauptstätten dieser Industrie, sind seit einiger Zeit Golddiebstahlprozesse an der Tagesordnung. So fanden in Hanau während der letzten zwei Wochen solche zwei Prozesse statt.

In beiden Fällen waren die Angeklagten selbständige Goldarbeiter, d. h. Heimarbeiter. Der eine von ihnen wurde wegen Unterschlagung zu drei Wochen Gefängnis, der andere wegen Hehlerei zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Unterschlagung führte der erste Arbeiter aus, indem er das ihm zur Verarbeitung anvertraute Gold und die Abfälle durch unredliche Manipulationen verschleuderte und die auf diese Weise überschüssig gewordene Menge Feingold sich aneignete. Der zweite Angeklagte hatte seit 1881 bis in die letzte Zeit erwiesenermaßen für circa 18 000 M. Gold verkauft. Auch er versicherte, daß er das Gold genau so wie der erste Angeklagte im Laufe von circa 30 Jahren, während denen er für verschiedene Fabrikanten Heimarbeit ausgeführt hatte, auf die Seite gebracht habe. Da aber der Angeklagte früher andere Arbeiten gemacht hatte, auch die Sachverständigen es als höchst unwahrscheinlich bezeichneten, daß er auf die angegebene Weise eine so große Menge Goldes von dem Feingehalt, wie das verkauft wurde, habe zusammenbringen können, schenkte ihm das Gericht keinen Glauben, sondern nahm an, daß er von anderen Arbeitern gestohlenes Gold gekauft, also sich der Hehlerei schuldig gemacht habe.

Bezeichnend waren die Ausführungen, mit welchen der Angeklagte die von ihm nach seiner Versicherung begangene Unterschlagung zu entschuldigen suchte. Die Bezahlung der Arbeit, rief er aus, sei so schlecht, daß die Heimarbeiter mit ihrem ehrlichen Verdienst nicht existieren können und deshalb gezwungen seien, sich jenen „Geschäftsvorteil“ zu verschaffen; letzteres geschehe denn auch fast allgemein. Nun ist es in der Tat richtig, daß die Heimarbeiter in der Edelmetall-Industrie sehr schlecht bezahlt werden. Es ist die alte Geschichte: Die Heimarbeiter bieten sich zu denselben, nützlich sogar noch zu billigeren Preisen an, wie die Arbeiter bezahlt werden, welche die Fabrikanten in ihren Betrieben beschäftigen. Die Fabrikanten nutzen dies aus, um den Arbeitslohn der Betriebsarbeiter möglichst niedrig zu halten, indem sie sich auf das Angebot der Heimarbeiter berufen. So kommt es, daß nach der Statistik der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Verusgenossenschaft der Durchschnittsverdienst für Hanau und nächste Umgebung sich im Jahre 1902 auf 957 M. pro Jahr stellte, obgleich die Goldarbeiter in Hanau eine gediegene Ausbildung in ihrem Fache durchgemacht, die meisten von ihnen sogar die dortige Zeichenakademie mehrere Jahre mit Erfolg besucht haben. Bei solchen Löhnen können Familienväter, wenn sie nicht eine eiserne Willenskraft besitzen, nur zu leicht der Versuchung erliegen, die ihnen gebotene Gelegenheit, sich Gold auf unredliche Weise zu verschaffen, anzunehmen. Für die Heimarbeiter, die in ihrer Wohnung ohne Aufsicht mit dem Gold zu tun haben, ist diese Versuchung naturgemäß um so stärker. Außerdem können sie am ehesten die Hand zur Hehlerei bieten. Sie gelten als selbständige Geschäftsleute und können als solche unauffällig hin und wieder Gold verkaufen. Sind doch solche Hehler ermittelt worden, die viele Jahre hindurch gestohlenes Gold in großen Mengen abgesetzt haben. Sie stifteten andere Goldarbeiter zum Diebstahl an und haben so manchen Familienvater ins Unglück gebracht. Es sollen namentlich früher viele Golddiebstähle vorgekommen sein. Ein Fabrikant, der in dem Prozeß als Zeuge vernommen wurde, erklärte, daß ihm allein für ca. 25 000 M. Gold gestohlen worden sei.

In den letzten Jahren sind die Fabrikanten tatkräftig gegen die Hehler vorgegangen. Sie haben sich mit der Polizei in Verbindung gesetzt und unter Zustimmung der vorgelegten Behörden den Eisen der Beamten durch Geldgeschenke angezockelt. Es wurde denn auch festgestellt, wer von den selbständigen Goldarbeitern Gold verkauft hat. Dadurch sind mehrere Hehler dem Strafgericht ausgeliefert worden. So begreiflich es ist, daß sich die Fabrikanten gegen die Diebstähle mit allen Kräften wehren, ist doch nicht zu verstehen, daß sie selbst durch ihre Lohnrückerei mit Hälfte der, in letzter Zeit ganz besonders um sich greifenden, schlecht bezahlten Heimarbeit einen Teil der Schuld an diesen bedauerlichen Vorgängen tragen. Die organisierten Goldarbeiter haben seit jeher die Befestigung dieser Heimarbeit und eine angemessene Bezahlung der Fabrikarbeit verlangt. Die Fabrikanten sträuben sich dagegen. Sie wollen nach wie vor ihre Profite auf höchste treiben ohne Rücksicht auf die traurige Lage ihrer Arbeiter, dafür entlasten sie sich um so mehr gegen diejenigen Arbeiter, die durch die Rot zum Diebe oder Hehler werden. Deshalb kann eine Besserung nur von den Arbeitern selbst ausgehen. Durch den Druck ihrer Organisation müssen sie die Befestigung jener Heimarbeit und die Regelung der Arbeit durch zweimäßige Arbeiterausgesetze erzwingen.

Die Gewerbegerichtswahlen in **Königsberg** finden Ende dieses Monats statt und zwar zum erstenmal nach dem proportionalen Wahlsystem, das Magistrat und Stadtverordnete auf Wunsch der christlichen und Hirsch-Dumckerischen Vereine eingeführt haben. Bisher haben diese sich an den Wahlen nie beteiligt, weil sie zu schwach waren. Es sind jetzt die Kandidaten der freien Gewerkschaften gewählt worden. Jetzt sind sowohl von Arbeitgebern wie Arbeitern zwei Listen aufgestellt worden, da sich auch die sozialdemokratischen Arbeitgeber an der Wahl beteiligen werden.

Ein Lehrlingsstreik. Der Bäckermeister **Reppig** in **Wamburg** ist schon länger als roher Lehrlingshändler bekannt. Den Gipfel der Brutalität erklimmte er am 11. August, als er den von dem Lehrling **Heilmann** angemaachten Teig nicht für ordnungsgemäß befand. Er zwang den Jungen, die Dose auszugeben, sich über einen Kessel zu legen und bearbeitete ihm dann das Gesicht mit einer neunschwänzigen Krute. Der Mißhandelte flüchte wüthend um Gnade, aber der Bäcker schlug zu, bis sein eigener Vater sich ins Mittel legte. Diesen schleuderte **Reppig** so heftig gegen einen Tisch, daß der alte Mann einige Rippen brach. Diese Heldentat hielt das Schöffengericht mit drei Wochen Gefängnis für hinreichend gesühnt.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsräte des **Berlins** und der **Berorrie** hielten am Freitag, den 18. Oktober, im Berliner Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in welcher zum ersten

Punkt der Tagesordnung Herr Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Brieger einen Vortrag über: „Die neuerbaute Universitätsanstalt für Hydrotherapie“ hielt.

Ueber den Vertrag, der zwischen der Universitätsanstalt für Hydrotherapie und der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte abgeschlossen werden soll, wurde von einer Generaldeputation Abhandlung genommen und dieser sodann in der Spezialdeputation mit einigen Änderungen, die Wünsche des Kultusministeriums berücksichtigend, einstimmig angenommen.

Der Vertrag tritt am 1. November 1905 in Kraft. Der Vorsitzende macht hierauf im Einverständnis mit Herrn Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Brieger bekannt, daß den Krankenkassen-Vorständen Sonntag, den 29. Oktober, Gelegenheit gegeben werden wird, die neu erbaute Universitätsanstalt in der Konfijonstraße zu besichtigen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Beschlusfassung resp. Ergänzungswahl einer Kommission für die Bearbeitung eines einheitlichen Preisverzeichnis für Bandagisten, Optiker u. dergl.“ wurde von Herrn Vertreter der Ortskrankenkasse zu Schöneberg, und Koblenzer, Vertreter des Gewerkschaftsbundes, auf die großen Vorteile bei einem gemeinsamen Zusammengehen für die Krankenkassen hingewiesen, und sollen namentlich die beteiligten Körperschaften von der Zentralkommission aufgefordert werden, ihre Delegationen zu entsenden.

Den Bericht vom Internationalen Krankenkassen-Kongress in Lüttich gab S i m a n o w s k i.

Den Bericht vom XII. Verbandstage der Ortskrankenkassen in Dresden erstattete B a u e r.

In der Diskussion zu diesem Punkt der Tagesordnung bedauert B a n d e r, daß der Antrag, die Krankenversicherung auf die Heimarbeiter auszudehnen, nicht angenommen worden ist; ebenso bedauert S y d o w, daß, nachdem in Dresden die Beamtenfrage wohl gut und zur allgemeinen Zufriedenheit für beide Teile gelöst, der Verbandstag der Krankenkassenbeamten in Breslau sofort darauf eine beratende Sprache führen konnte, wie sie durch den Mund des Vorsitzenden der Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg zum Ausdruck gebracht und in dem Organ „Vollständliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ am 15. September 1905 wieder gegeben worden ist.

Unter „Verschiedenes“ verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Komitees der Erholungsstätte vom „Roten Kreuz“, in welchem darauf hingewiesen wird, daß infolge der hohen Fleischpreise das Mittagessen in der Erholungsstätte „Eichkamp“ für die dort sich aufhaltenden erkrankten Rassenmitglieder nicht mehr für den üblichen Preis verabreicht werden kann. Die Versammlung stimmte der dadurch bedingten Preiserhöhung von 40 auf 45 Pf zu.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Petroleumpreise. Der Preis des Petroleums ist in letzter Zeit nicht unbedeutend gestiegen. Noch Ende September stand am Hamburger Petroleummarkt der Preis für rein pennsylvanisches Petroleum auf 6,85 M. pro Zentner, für russisches Petroleum auf 6,20 M. Seitdem ist der Preis fast ständig gestiegen, so daß er sich am Sonnabend für pennsylvanisches Petroleum auf 7,25 M., für loco russisches auf 6,80 M. stellte. Infolge der Unruhen im Baltik-Raphthagebiet hat das Angebot russischen Petroleums in Mittel- und Westeuropa beträchtlich nachgelassen, und diese für sie günstige Situation wird von den großen Petroleumgesellschaften planmäßig zur Heraufschraubung der Preise ausgenutzt. Nach amerikanischen Zeitungen steht sogar eine noch weit höhere Steigerung bevor, da sich die Standard Oil Co. zu einem großen Profitfeldzug rüstet. So schreibt beispielsweise die „New Yorker Handelszeitung“:

„Der Petroleummarkt kennzeichnet sich seit kurzem durch eine steigende Tendenz, welche seit Ende letzten Jahres vorherrschte, in scharfem Gegensatz steht. Trotz stetiger Abnahme der Produktion von hochgradigem Öl und einer leichten, aber weit reichenderen Nachfrage hat sich die Standard Oil Co. während nahezu eines Jahres, hauptsächlich durch aggressive Auslandskonkurrenz, zu wiederholten Preisreduktionen veranlaßt gesehen, welche die Notierungen auf ein ungewöhnlich niedriges Niveau herabdrückten und die Rohölproduzenten unseres Landes in harter Weise entmutigten. Diese Preisituation hat nun einen plötzlichen Wandel erfahren, und zwar unter der Anregung der Meldungen aus Russland, woselbst revolutionäre Unruhen in dem die russischen Petroleumquellen einschließenden Natur Distrikt zur Herabsetzung großer Petroleumvorräte und zeitweiliger völliger Lahmlegung der russischen Petroleumindustrie geführt haben. Das bedeutet vorläufige Befestigung der russischen Konkurrenz, und Amerika allein ist imstande, für den Ausfall in der Versorgung Europas mit Petroleum und Petroleumprodukten Ersatz zu liefern. Unter den Umständen hat sich die Ausfuhr nach Europa in den letzten Wochen so lebhaft gestaltet, daß zur Verladung nicht genügend Schiffe vorhanden sind. Auch hat seitdem die Standard Oil Co. wiederholte Preisreduktionen angekündigt, welche von den Rohölproduzenten mit großer Genugtuung begrüßt worden sind und dazu beitragen dürften, dieselben in ihrer Tätigkeit behufs Erschließung neuen produktiven Territoriums zu ermutigen.“

Also zu der Steigerung der Lebensmittelpreise auch noch eine Erhöhung der Petroleumpreise.

Der Geschäftsbericht der Harpener Bergbaugesellschaft. Bei den großen Preisrückgängen des Ruhrreviers ist es Sitte geworden, in ihren Geschäftsberichten allerlei absolut wertlose Berechnungen über die Einwirkung des letzten großen Bergarbeiterstreiks auf ihre Gewinnergebnisse anzustellen und dann hinterher über die „günstige Beschaffenheit“ der Arbeiter zu lamentieren. Auch die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft leistet sich in ihrem soeben erschienenen Geschäftsbericht dieses alberne Vergnügen. Sie schätzt ihren Ausfall an Gewinn auf 1 1/2 Millionen Mark und bemerkt dazu, nachdem sie behauptet hat, daß sich keinerlei Mißstände im Ruhrrevier hätten nachweisen lassen:

„Dennoch ist inzwischen ein erweitertes Vergesetz erlassen worden, welches die Arbeitszeit einschließlich der Seilfahrt einheitlich regelt, Arbeiterauschüsse einführt und das Wagnis durch Geldstrafen ersetzt. Namentlich die letztere vermeintliche Verbesserung hat schon zu lebhaften Klagen seitens der Arbeiter geführt und gezeigt, wie wilde die Strafe des Wagnisverlusts war, während die Verfürgung der Arbeitszeit unzweifelhaft zu einer Verminderung der Kohlenförderung und zur Erhöhung der Selbstkosten führen muß, mithin zu einer Vertiefung der Kohlen- und Schwärzung der Konkurrenz der deutschen Industrie. Die Arbeiterauschüsse werden demnach in Tätigkeit treten, aber die Folgen des Gesetzes machen sich schon bemerkbar dadurch, daß die Begehrtheit und Anbotmäßigkeit der Arbeiter gewachsen ist und die Autorität der Beamten gelitten hat. In dem jetzigen Zeitalter der sozialpolitischen Weisung muß sich der Arbeitgeber oft fragen, ob er denn auch noch einige Rechte behalte, und die Worte des Fürsten Bismarck: „Das allerschlimmste für den Arbeiter wie für die Nation wäre es, wenn einmal die Unternehmer streikten“, sollten eine Mahnung gegen den Ueberreifer gesetzgeberischen Maßnahmen sein. Alle Kämpfe, die auf sozialem Gebiet noch bevorstehen, werden aber zur Einsicht führen, daß nicht der Kampf, sondern das Einvernehmen allein im Interesse beider Parteien liegt.“

Die „Schwächung der Konkurrenz der deutschen Industrie“ auf dem Weltmarkt wird nicht durch die Höhe der deutschen Bergarbeiterlöhne verursacht, sondern durch die Preispolitik des Kohlenhandels und die unersättliche Profitgier der rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten.

Mühlenkartell. Da jetzt ein Kartell nach dem anderen die Verkaufspreise für seine Erzeugnisse hinaufsetzt, wollen auch die Mühlen in der Weizensteigerung nicht zurückbleiben. Der Ost-

preussische Zweigverband deutscher Müller beschloß in seiner gestrigen außerordentlichen Generalversammlung in Königsberg die Bildung einer östlichen Mühlenvereinsgesellschaft zum Zwecke der Festsetzung der Verkaufspreise. Eine aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission soll allmonatlich einmal zur Besprechung der Preise zusammenzutreten, die annähernd in den einzelnen Bezirken als Minimalpreise festgehalten werden sollen.

Die Abgaben der Straßenbahngesellschaften an die Stadt Berlin, waren im Etatsjahr 1904, wie der Jahresbericht der städtischen Verkehrsdeputation zeigt, geringer als im vorhergehenden Etatsjahr. Für 1903 waren sie bis auf 2 589 770,01 M. angewachsen, für 1904 aber gingen sie wieder auf 2 490 807,76 M. zurück. In dieser Summe trugen die Bruttoabgaben 2 319 911,81 M. bei, wovon 2 081 612,17 M. auf die „Große Berliner Straßenbahngesellschaft“ entfielen. Die Bruttoabgaben waren im letzten Etatsjahr um 140 116,08 M. höher als im vorhergehenden, und zwar sind an diesem Reize alle abgabepflichtigen Gesellschaften beteiligt, die „Große“ mit 121 452,77 M. Zu den Bruttoabgaben kommen aber noch 21 146,74 M. als Entschädigung für Einstellung des Akkumulatorenbetriebes (ebenso viel, wie im Vorjahr) und 119 749,21 M. von der „Großen“ als Anteil am Reingehalt. Der Gewinnanteil war diesmal um 219 079,23 M. geringer als im Vorjahr, jedoch trotz Zunahme der Bruttoabgaben die Summe aller Abgaben um 78 936,15 M. hinter derjenigen des Vorjahres zurückblieb.

Die Preistreiber der Syndikate nehmen einen immer größeren Umfang an. In der Versammlung der Vertreter der Feinblechwalzwerke, welche vorgestern in Hagen stattfand, wurde, wie die „Köln. Volkszeitung“ meldet, bekannt, daß der Preis für Halbzeug um 5 M. die Tonne erhöht worden ist. Dieser Aufschlag bedinge naturgemäß einen um 7 M. die Tonne höheren Preis für Feinblech.

Die günstigere Konjunktur wird von den Syndikaten nach Kräften ausgenutzt, und die bürgerliche Presse registriert diese stetigen Preishinaufsetzungen als etwas Selbstverständliches. Wenigstens aber die Arbeiter die günstigere Lage zur Lohnerhöhungsforderungen, schimpft dieselbe Presse über Freivolität.

Großbritanniens Bierbrauerei. In wenigen Gewerbezeigen vollzieht sich die Konzentration in gleich schnellem Maße wie im Brauereiwesen. Das gilt fast noch mehr von der Brauindustrie Großbritanniens, als von der Deutschlands. Nach der englischen Steuerstatistik ist die Zahl der gewerblichen Bierbrauereien Großbritanniens von 9050 Betrieben im Jahre 1894/95 auf 5811 Betriebe im Jahre 1904/05 zurückgegangen; im Jahre 1903/04 bestanden davon noch 6495. Auch die Hausbrauereien gehen ständig zurück; es waren von 17 041 im Jahre 1894/95 im letzten Jahre nur noch 9930 vorhanden.

Die Biererzeugung betrug in den letzten vier Jahren (endigend am 31. März):

	Barrels (1 Barrel = 163,5 Liter)			
	1901/02	1902/03	1903/04	1904/05
in England . . .	31 810 877	32 079 082	31 892 827	30 594 189
in Schottland . . .	2 260 750	2 164 128	2 076 515	2 021 874
in Irland . . .	2 815 624	2 010 818	2 620 971	2 799 060
Zusammen	36 887 250	36 254 028	36 590 313	35 415 123

Der Bierkonsum hat in den letzten Jahren nicht unbedeutend abgenommen. Er betrug in den Jahren 1899/1900 = 32,28, 1900/01 = 31,48, 1901/02 = 30,66, 1902/03 = 30,84, 1903/04 = 29,51, 1904/05 = 28,44 Gallonen (1 Gallone = 4,5 Liter) pro Kopf der Bevölkerung.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Allgemeiner Streik in der Berliner Wäsche-Industrie.

Am Sonntagvormittag hielt der Verband der Wäsche- und Strawnarbeiter Deutschlands (Zentrale Berlin) eine beschließende Mitgliederversammlung im Palast-Theater ab. Die Mitglieder waren berufen, um von der zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkommission zustande gekommenen Einigung Kenntnis zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende B. Keller gab bei dem Bericht über die Verhandlungen das von der Arbeitgeberkommission gestellte Ultimatum wörtlich bekannt, und empfahl, dieses unter den obwaltenden Umständen zu akzeptieren, da vorläufig nicht mehr zu erzielen sei. Allgemeine Unruhe wurde laut. In der Diskussion kam der Unwille der Mitglieder über die Abmachungen zwischen den Kommissionen scharf zum Ausdruck, und es wurde in gehetzter Abstimmung mit 1370 gegen 88 Stimmen beschlossen, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen und nicht eher wieder anzufangen, bis der vorgelegte Tarif von Seiten der Arbeitgeber anerkannt worden ist. Lange genug hätte man unter den notdürftigsten Verhältnissen arbeiten müssen, und sei es jetzt der feste Wille der Arbeiterchaft in der Wäsche-Industrie, ihre Lage zu verbessern, und zwar mit allem Ernst zu verbessern.

Es wurde als Ehrenpflicht jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin, auch der Heimarbeiterinnen und der noch in den Betrieben befindlichen bezeichnet, sich dem Beschluß anzuschließen, jede Arbeit zurückzusetzen und sich nicht auf Versprechungen seitens der Unternehmer einzulassen. Mit Begeisterung, besonders der weiblichen Mitglieder, wurde in den Kampf hineingegangen. Als die Versammlungsbefucher den Saal verließen, verließ gleichfalls ein Trupp von circa 30-40 Schülern, unter der Obhut dreier Lehrlinge, den Saal der Börse. Jedenfalls glaubte die Polizeibehörde, daß nur die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche Revolution machen und gleich nach der Versammlung alle Wäschefabriken stürmen wollten.

Rüßlich war es mit anzusehen, wie die Polizeibehörde hier wieder Maßnahmen getroffen hatte, und dem Unternehmertum Dienste leistete.

Als am Montag früh die Arbeiterchaft ihren übrigen Kollegen und Kolleginnen von dem Beschluß in Kenntnis setzen wollte, fand man schon ein starkes Aufgebot von Beamten vor jeder einzelnen Fabrik vor.

Die Unternehmer hatten durch ein Flugblatt an den Betrieben bekanntgegeben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nicht „beiden“ lassen sollen. Sie möchten ruhig an die Arbeit gehen, da der Chef mit ihnen reden wollte. Die Unternehmer scheinen aber sehr wenig Erfolg damit gehabt zu haben. Soweit wie bis Mittag festzustellen war, seien die Betriebe ziemlich still aus und einige haben schon die Tore geschlossen.

Parteienossen und Genossen! Sorgt alle dafür, daß auch keine Heimarbeiterin sich zu Streikarbeiten verleiten läßt und die Arbeit überall zurückgewiesen wird.

Am Montag abend tagte in Kellers Saal eine öffentliche Versammlung der in der Wäschebranche Beschäftigten, die sich mit dem Streik befaßte. Der polizeilich abgesperrte Saal war stark überfüllt, und auf der Straße stand nach eine gleichgroße Menge, die vergebens Einlaß suchte. Die nach Tausenden zählenden Versammlungsbefucher, meist Arbeiterinnen, waren von einer zuversichtlichen, kampfbereiten Stimmung besetzt. Der Verbandsvorsitzende Keller schilderte die Lage. Er teilte unter anderem mit, daß die Fabrikanten noch am Montag früh alle möglichen Versuche machten, um die Arbeitnehmer zum Verbleiben bei der Arbeit zu bewegen, aber vergebens. Von den Zuschauern befanden sich gegen 400 unter den Streikenden, während nur etwa 80 in den Fabriken verblieben sind.

Ueber das Ende der Verhandlungen teilte der Redner mit, daß die Lohnkommission schließlich bis auf die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Proz. zurückgegangen war. Die Fabrikanten stellten darauf ein Ultimatum, dessen wesentlicher Inhalt lautet: „Um den Streik zu liefern, daß wir die Organisation nicht hinteransetzen, so erklären wir, daß es uns erwünscht wäre, wenn die Wahl zur unparteiischen Berufungskommission auf die in unseren Betrieben beschäftigten Mitglieder der Schlichterkommission fallen würde.“ — Das ist das, was die Vertreter der Fabrikanten „Zugehörnisse“ nennen, und sie geben an, sie seien damit schon über den Rahmen dessen hinausgegangen, was ihr Auftraggeber als äußerste Grenze der Zugehörnisse bezeichnen würde. Die Redner und Rednerinnen, welche sich an der regen Diskussion beteiligten, sprachen alle für die energische Fortführung des Streiks. Schließlich wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den angeblichen Zugehörnissen der Fabrikanten. Die Versammlung erklärt, unter keinen Umständen die Arbeit eher wieder aufzunehmen, als bis die gerechten Forderungen bewilligt sind. Weiter erklären die Versammlung, nur dem Rufe der Streikkommission zu folgen.“

Die Forderungen sind bewilligt in den Wollfabriken von G. H. Hofenstraße, Cohn u. Daniel, sowie in den Wollwäschefabriken von Blume, Neue Schönhauserstraße, sowie J. u. S. Hauser, Greifswalderstraße. — In diesen Betrieben ist die Arbeit nicht niedergelegt worden.

Der Schuhfabrikant Großmann, Chauffee Nr. 67 (nicht Schaperstraße, wie irrtümlich angegeben war), erklärt in der Freitagnummer des „Vorwärts“ eine Verächtigung. Der Lohnabzug soll irrtümlich erfolgt sein, trotzdem der Werkführer und das Kontorpersonal darauf aufmerksam gemacht wurde, während der Fabrikant dem vorstellig werdenden Ausschuss den Rücken kehrte. Die Mißstände können mit etwas gutem Willen und wenigen finanziellen Mitteln wohl abgeklärt werden. Soweit sind die Forderungen der Arbeiter nicht gegangen, Mängel, welche in der Bauart des Grundstücks liegen, bedingt zu sein. Die Lohnzahlung ist innerhalb der letzten acht Wochen nur einmal pünktlich erfolgt, und es ist schon vorgekommen, daß einzelne erst Dienstags ihr sauer verdientes Geld erhielten. Wir ersuchen, auch wie vor den Jugug ferngehalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Die Fensterputzer der Firmen Otto Arnheim u. So., Rungestr. 9, und A. Reiken, Alte Jakobstr. 89, sind gestern in den Zustand der Ferkeln. Dieselben fordern einen Anfangslohn von 22 M., Abschaffung der Wägen für Wägen usw. und Aufschlag für Ueberstundenarbeit. Herr Arnheim hat der Lohnkommission erklärt, nachdem diese um Verhandlungen nachsah, daß er auf „Säerze“ nicht antwortet. Bei der Firma Reiken haben sich die Verhandlungen zerplatzt, weil die den Streikenden gemachten Zugehörnisse zu minimal waren. Die Ausschüsse gehören sämtlich dem Handels- und Transportarbeiter-Verband an.

Deutsches Reich.

Ein neuer Zeitungsarbeiterstreik bereitet sich in Leipzig vor. Seit Jahren fordern hier die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zeitungsindustrie den Rehnstundentag, aber stets sind sie von den Zeitungsbaronen brüskel abgewiesen oder mit leeren Versprechungen hingehalten worden. Der Hinweis auf die Konkurrenz und andere ebensoviele sich haltende Ausreden mußten dazu herhalten, um in der Großstadt Leipzig und in einer mit der modernsten Technik ausgerüsteten Industrie eine Kulturforderung abzulehnen. Dieses Verhalten der Zeitungsindustriellen haben die Zeitungsarbeiter jetzt gründlich satt bekommen. Sie haben, nachdem sie in den letzten Jahren eifrig an dem Ausbau ihrer Organisation gearbeitet, die Einführung des Rehnstundentages erneut gefordert. Eine Verhandlung mit der Zeitung der Arbeiterorganisation wurde selbstverständlich von dem Unternehmertum abgelehnt, dagegen zeigten die Herren „ihren“ Arbeitern gegenüber insofern zu Konzeptionen bereit, als sie demnach die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzen, die Kürzung einer weiteren halben Stunde und damit die Einführung des Rehnstundentages „später“ zusehen wollten. Die Arbeiterchaft will sich auf solche Versprechungen nicht mehr einlassen, sie hat nochmals eine Kommission nebst der Verhandlung mit Verhandlungen beauftragt und wird in einer weiteren Versammlung beschließen, ob eventuell in den Streik eingetreten werden soll.

Russland.

Der Streik in der französischen Staatsmünze.

Man schreibt uns aus Paris: Der Streik in der Staatsmünze beginnt der Regierung, die ihn zuerst mit einer zum Teil wohl erkünstelten Gleichgültigkeit behandelt hat, nun doch ernste Sorgen zu bereiten. Die Moderation der Staatsarbeiter hat nämlich beschlossen, wenn der Finanzminister die Forderungen der Münzarbeiter nicht erfüllt, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären. Der Finanzminister wird von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Am nächsten Sonntag halten die Organisationen der Staatsarbeiter gemeinsam eine große Versammlung ab, um über die weiteren Schritte schlußendlich zu werden. — Der Streik nimmt einen durchaus befriedigenden Verlauf, Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 10. Oktober. Der Schlesische Städtetag nahm eine Anzahl von Beschlüssen an, welche dahin zielen, das Fluchtlinien-Gesetz vom 2. Juli 1875 zu erweitern und den Forderungen der sozialen Kommunalpolitik dienlicher zu machen. Ferner wurde mit allen gegen 3 Stimmen eine Petition an den Landwirtschaftsminister angenommen, durch welche der Minister ersucht wird, Sorge zu tragen, daß die Grenzen zur Schweine-Einfuhr so schnell wie möglich geoffnet werden. Endlich wählte der Städtetag eine Kommission zur Beratung eines Entwurfs zur Verbesserung eines Anschlusses des Schiffschiffs an den Deutschen Städtetag.

Brüssel, 16. Oktober. (B. L. B.) Die zweite Sitzungsperiode der Internationalen Seefahrer-Konferenz wurde heute unter dem Vorsitz des Staatsministers Veernaert eröffnet. Die Konferenz hat die Aufgabe, den vorläufigen Entwurf eines internationalen Kodex zur Anwendung bei Zusammenstößen und für Hilfsleistungen zur See auszuarbeiten. Der Zusammentritt der Konferenz im letzten Februar hatte kein unmittelbares Ergebnis erzielt, da Deutschland, England und Oesterreich-Ungarn davon Abstand genommen hatten, sich an der Konferenz zu beteiligen, während diese Mächte heute vertreten sind. Es wurde beschlossen, das Bureau vom Februar beizubehalten und eine Kommission zu ernennen, die damit beauftragt werden soll, in die Prüfung von zwei vorläufigen Kodex-Entwürfen für Zusammenstöße und Hilfsleistungen zur See einzutreten.

Die Revolution in Russland.

Lebz, 16. Oktober. (B. L. B.) Ein Teil der Arbeiter der Fabrik Geyer legte am Sonnabend die Arbeit nieder. Heute wird in dieser Fabrik nicht gearbeitet. In der Fabrik Schöbler haben diejenigen Arbeiter, die am Sonnabend die Arbeit niedergelegt hatten, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Stadt ist ruhig.

Petersburg, 10. Oktober. (B. L. B.) Der Wortlaut des in Portsmouth abgeschlossenen Friedensvertrages wird morgen in der Gefesgessammlung veröffentlicht werden.

Tokio, 15. Oktober. (Weldung des „Reuterischen Bureaus“.) Es heißt, es sei ein Befehl nach dem japanischen Hauptquartier gefandt worden, die Räumung am 16. d. Mts. zu beginnen. Man erwartet in Japan, daß die vollständige Räumung in sechs Monaten beendet sein wird.

Partei-Konferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Die Konferenz tagt im Saale der Arminhallen, der zu diesem Zweck mit festlichem Schmuck versehen ist.

Genosse Vorkmann als Einberufer der „öffentlichen Versammlung“ eröffnet die Konferenz um 12 Uhr.

- 1. Bericht der Agitationskommission.
2. Die Organisation der Provinz.
3. Agitation.
4. Presse.
5. Zur Landarbeiterfrage.
6. Anträge.

Die Agitationskommission hat einen Kassenbericht für die Zeit vom 1. September 1904 bis 12. Oktober 1905 vorgelegt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung Bericht der Agitationskommission

Davidsohn-Vorlesung. Er gibt einige Erläuterungen zum Kassenbericht, wobei er einen erfreulichen Fortschritt gegenüber dem Vorjahre feststellt.

Kauf Antrag des Delegierten Krasemann wird in der Diskussion der dritte Punkt der Tagesordnung: Agitation mit dem ersten Punkt gemeinsam behandelt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Organisation in der Provinz

liegt ein Statutenentwurf vor, den die von der vorjährigen Provinzial-Konferenz eingesetzte Kommission ausgearbeitet hat.

Ein zweiter Statutenentwurf ist eingereicht worden vom Kreise Brandenburg-Westhavelland.

Referent zu diesem Punkte der Tagesordnung ist Faber-Frankfurt a. D.: Sehr verliebt bin ich nicht in den von der Kommission vorgelegten Entwurf.

Der Entwurf ist ein Einverständnis finden lassen, welches alle Beteiligten befriedigen könnte.

Knocke erstattet hierauf den Bericht der Mandat-Prüfungskommission.

Die Diskussion über Punkt 2 der Tagesordnung wird eröffnet.

Dr. Wittig-Brandenburg begründet den Entwurf seines Kreises.

Markwald-Forsik hält diesen Antrag für sehr empfehlenswert.

Sydow-Brandenburg tritt im Sinne des Antrages Brandenburg für eine Provinzorganisation ein.

Provinz hat sich danach nicht um die Angelegenheiten der Berliner zu kümmern, während diese das Recht haben sollen, in allen Provinz-Kreisen dreinzureden.

Stadthagen: Es ist nicht richtig, daß der Entwurf den Berlinern Vorrechte einräumt.

Riesel-Berlin: Die Bezirksorganisation für Berlin hat nichts zu tun mit der Organisation der Provinz.

Markwald-Forsik: Stadthagen fragte, wo sind denn die Rechte, welche die Berliner in Anspruch nehmen?

Stadthagen: Wir haben durchaus nicht, wie Markwald meinte, eilig gearbeitet.

Wollermann-Schöneberg tritt für die Ablehnung des Antrages Stadthagen ein.

Die Provinzialkonferenz wolle beschließen: 1. den von der im Vorjahre eingesetzten Kommission...

Der nun folgende Punkt der Tagesordnung ist Die Presse.

Hierzu liegt der Konferenz eine Aufstellung des Abonentenstandes der Parteipresse in neun Wahlkreisen vor.

Das Wort erhält der Referent Sydow-Brandenburg: Ueber die Bedeutung der Presse an dieser Stelle zu reden, würde überflüssig sein.

Die Presse hat einen Abonentenstand von 8000, die „Brandenburger Zeitung“ einen solchen von 10.000.

Namm vor den Geschworenen.

Alfred Namm, der am 11. März die Bluttat an den Kindern des Schankwirts Grabow in der Schönhauser Allee 63 verübt hat, stand heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Goedicke, die Verteidigung führt Rechtsanwält Dr. Karl Löwenthal. Als Sachverständige sind Gerichtsarzt Dr. Sörmer, prakt. Arzt Dr. Fehde und Privatdozent Dr. Strauch zur Stelle. Der Angeklagte, Hausdiener Alfred Hugo Namm steht unter der Anklage des schweren Diebstahls und des Totschlages. Er ist der Sohn eines Kaufmanns in Berlin, im Jahre 1870 geboren und hat schon zahlreiche Vorstrafen erlitten, darunter solche von 1 Jahr, 2 Jahren Gefängnis, 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 6 Jahren Zuchthaus. Die Strafen sind ihm zum Teil wegen schweren Diebstahls auferlegt worden. Zurzeit verbringt er in der Moabitischen Strafanstalt eine zweijährige Zuchthausstrafe wegen Sittlichkeitsverbrechen. Der Angeklagte ist, wie sich aus seiner Vernehmung ergibt, kurz nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus bei dem Schankwirt Friedrich Grabow als Hausdiener in Dienst getreten und dort kurze Zeit in Stellung geblieben. Als er wieder entlassen war, hat er, wie er sagt, sich auf alle mögliche Weise durchzubringen gesucht: als Arbeiter, Kolporteur, Zigarettenverkäufer, Bauarbeiter und als Laufbursche bei einem Fabrikanten in der Kaiserstraße, wo er beschwand, nachdem er 300 M. gestohlen hatte. „Als das Geld zu Ende war, mußte ich den Entschluß fassen, zu stehlen; ich dachte aber gar nicht daran, ein größeres Verbrechen zu begehen, denn Hans Grabow war ja ein lieber Vorgesetzter, dem ich nichts antun wollte. In der Nacht vom 10. zum 11. März schlich ich mich in den Hof des Hauses Schönhauser Allee 63, hielt mich im Quergebäude bis gegen 1 Uhr auf und stieg dann durch das Fenster in das Vereinszimmer.“

artige Ausbrüche! — Angekl.: Herr Präsident, es locht einem doch! — Präsi.: Es locht bei anderen Leuten! — Angekl.: Gewiß Herr Präsident, ich bin ja ein Scheusal, es tut mir ja auch leid, was ich getan, aber ich habe es nicht gewollt! Nicht zu machen! — Präsi.: Als Sie nach Ihrer Flucht glücklich zu Hause ankamen, sollen Sie mit Ihrem Geld renommieren haben. Abends haben Sie sich in eine Schankwirtschaft begeben und ein Beefsteak sich bestellt. — Angekl.: Jawohl. Aber als ich dann in der Zeitung las, daß der kleine Hans gestorben sei, blies mir der Bissen im Munde stehen! — Präsi.: Sie hatten auch das Gefühl, daß der Wirt Sie verdächtig ansah? — Angekl.: Ja, das bildet man sich in solchen Fällen immer ein. — Präsi.: Sie haben sich dann schleunigst aus der Schankwirtschaft entfernt. — Angekl.: Gewiß. So etwas regt einen doch auf! — Präsi.: Na, Ihre angebliche Neuzimmer doch nicht sehr groß gewesen zu sein. Sie gaben Ihre bisherige Schlafstelle, wo Sie unter jenem Namen logierten, auf, zogen unter jenem Namen in eine andere Schlafstelle und benutzten die erste Gelegenheit, um einen Hausgenossen zu beschleichen. — Angekl.: Nein, Herr Präsident. Der Mann hatte viel Geld, was ich auch hätte nehmen können. Mir ging es so nahe, daß ich soeben Unheil angerichtet hatte, und ich habe mich vor dem Manne immer sehr gebückt. — Präsi.: Kurz und gut, Sie haben dem Mann seine Hofe, seinen Ueberzieher und seine Papiere gestohlen. — Angekl.: Na ja, Herr Präsident, soll man sich denn freiwillig stellen? Ich mußte doch stehlen, ich hatte doch nichts mehr! — Präsi.: Sie hatten doch zuletzt bei dem Fabrikanten 300 M. gestohlen. — Angekl.: Herrgott, Herr Präsident, davon hatte ich doch nichts mehr! Wie gewonnen, so zerronnen! — Präsi.: Sie wechselten dann bald wieder Ihre Wohnungen. Dann nächtigen Sie etwa 14 Tage auf Hausböden im Süden und Südosten der Stadt und stillen Ihren Hunger und Durst dadurch, daß Sie die vor den Wohnungstüren stehenden Mistkännen und Frühstückstücher stahlen. — Angekl.: Ja, ich war schließlich zufrieden, daß ich bei einem solchen Kannendiebstahl gefaßt wurde. — Präsi.: Das stimmt doch nicht genau, denn sonst hätten Sie sich doch nicht zunächst Michaelis genannt, als Sie gefaßt worden waren. — Angekl.: Verlassen Sie sich darauf, Herr Präsident, daß ich froh war, als man mich fest hatte. — Präsi.: Mit diesem Frohsinn und mit der Neuzimmer war es doch nicht weit her, denn Sie haben doch zuerst die ganze Sache bei Ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter geleugnet und erst als die Familie Grabow die bei Ihnen vorgefundenen Sachen als ihr Eigentum rekonstruierte, haben Sie ein Geständnis abgelegt. — Angekl.: Na, so kommt doch in der Regel! Das ist so ein menschlicher Fehler! Man ist dann doch etwas feige! Sehen Sie, Herr Präsident, man hat schon so viele Vorstrafen und nun soll man wieder 'rein ins Loch! Aber toll! Mein Großvater war selbst 25 Jahre lang Straf-anstaltsinspektor, und ich soll immer 'rin ins Loch! Das ist doch furchtbar!

mit tödlichem Ausgange sowie wegen schwerer Körperverletzung und nach widerstehenden Umständen hinzugesagt. Staatsanwalt Goedicke hält den Angeklagten für überführt, sich des schweren Diebstahls und des Totschlages im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Insbesondere liege der Tatbestand des § 214 vor, da er bei der Unternehmung seines Verbrechens, um ein der Ausführung entgegen tretendes Hindernis zu beseitigen oder um sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen, vorsätzlich einen Menschen getötet habe. Eine derartig schwere Bluttat verdiene jedenfalls die nach dem Gesetz zulässige schwerste Bestrafung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal, trat für Verjahung der von ihm gestellten Nebenfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange ein. Ueber die Persönlichkeit des Angeklagten sei man wohl kaum im unklaren, er ist ein Verbrecher, wie er im Hufe steht, aber nicht ein Verbrecher, wie er im Hufe steht, sondern ein Eigentumsverbrecher, wie auch seine zahlreichen Vorstrafen beweisen. Der erste Diebstahl als Schuldingung hat ihn auf den Weg des Verbrechens gebracht. Als Verstoßener und Gedächter habe er, kaum aus dem Zuchthaus entlassen, wieder gestohlen, um eine Unterkunft zu erlangen, denn ihm, dem Zuchthausler gab niemand gern Arbeit. In der Absicht zu stehlen, sei der Angeklagte in der fraglichen Nacht in die Wohnräume des Schankwirts Grabow eingedrungen. Hier sei er durch die aufwachenden Kinder gefaßt worden und habe nun auf legend eine Weise versucht, sie am Schreien zu hindern. Hierbei fiel ihm leider ein Messer in die Hand, mit dem er die Tat verübte. Man könne sehr leicht zu dem Schluß kommen, daß der Angeklagte nur die Absicht gehabt hat, die Kinder so zu verlegen, daß sie unschuldig dadurch würden. Durch die erlittenen Verletzungen sei später allerdings der Tod des Knaben erfolgt, eine vorläufige Lebungsabsicht lasse sich hieraus keineswegs folgern. — Der Verteidiger bat deshalb die Schuldfragen nach Diebstahl und Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu bejahen. Die Geschworenen berieten nur kurze Zeit. Sie erklärten den Angeklagten des schweren Diebstahls und des versuchten, sowie des vollendeten Verbrechens gegen § 214 schuldig. Staatsanwalt Goedicke: Der Angeklagte ist ein außerordentlich gemeingefährlicher Mensch, der sich nicht besonnen hat, in sehr brutaler Weise ein unschuldiges Menschenleben hinzuspotten und eine ehrenwerte Familie ihres Stolses und ihrer Freude zu berauben. Der Angeklagte ist eines Geistes für die Menschheit und es ist geboten, diese von ihm zu befreien. — Der Staatsanwalt beantragte wegen des schweren Diebstahls 2 Jahre Zuchthaus, wegen des versuchten Verbrechens gegen § 214 5 Jahre Zuchthaus und wegen des vollendeten Verbrechens gegen § 214 lebenslängliches Zuchthaus. Rechtsanwalt Dr. Löwenthal beantragte auf eine zeitliche Zuchthausstrafe, deren Höhe er dem Ermessen des Gerichts anheimstellte zu erkennen. Zum letzten Wort vertrat der Angeklagte: „Ich bin ein Scheusal; ich gebe es zu, ich habe schrecklich gehandelt!“ Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen schweren Diebstahls und wegen eines vollendeten und eines versuchten Verbrechens gegen § 214 unter Einbeziehung der zuerst gegen ihn erlassenen Zuchthausstrafen zu 12 Jahren Zuchthaus und zu lebenslänglichem Zuchthaus, sowie Ehrverlust auf Lebenszeit.

Aus der Frauenbewegung.

Marientorf. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Marientorf und Umgegend hielt am 18. Oktober seine erste Mitgliederversammlung in Marientorf bei Reichert, Chausseestr. 10, ab. Eine Genossin hielt eine kurze Ansprache über den Zweck des Vereins. Die Mednerin empfahl den Frauen, rege für den Verein zu agitieren und für sein Wohlergehen und Gedeihen Sorge zu tragen, dann werde er sicher gute Früchte bringen. Nach Annahme des Statuts erfolgte die Wahl des Vorstandes. Als erste Vorsitzende wurde Frau K e h n - Tempelhof, als Kassiererin Frau L e h m a n n - Marientorf, als Schriftführerin Frau L a u d - Marientorf gewählt. Es traten 40 Mitglieder auf. Die Versammlung wurde beschlossen, daß die nächste Versammlung am Mittwoch, den 22. November in Tempelhof bei Martin Müller, Berlinstr. 41 stattfindet. Nach einem dreifachen Hoch auf die Frauenbewegung schloß die Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Treptow-Baumkulturschule. Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, hält der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen im Lokal des Herrn Julius Schmidt, Treptow, Niehlsstr. 29, seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Frau F e y e - A b e r „Moderne Weltanschauung und unsere Volksschule“ spricht. Gäste willkommen! Um pünktliches Erscheinen bitten! Der Vorstand.

Vermischtes.

Die Cholera. Aus Straßburg i. E. wird gemeldet: Unter den aus Thon eingekerkerten Rekruten des 172. Regiments in Straßburg sind Choleraerkrankungen aufgefunden worden. — Ein Choleraverdächtiger Todesfall, der sich in der Schleiermacherstr. 11 in Berlin ereignete und den Straßenreiniger Adolf Conrad betraf, hat sich bisher in keiner Weise bessert. Die Angehörigen Conrads, die sich in den Isolierbaracken des Krankenhauses Moabit befinden, werden wahrscheinlich bald entlassen werden.

Der seit gestern herrschende, mit Regen und Gewittererscheinungen verbundene starke Sturm hat an Land und auf See vielfachen Schaden angerichtet. In Allenstein führte ein Felssturz ein Menschen- und Tieres wurden getötet, jedoch ist ein bedeutender Materialschaden verursacht. Auf dem Haff sind, den Abendstürmen zufolge, zwei Mähnen gesunken; von der Befahrung fehlt jede Spur. Die Mannschaft eines dritten gesunkenen Rahmes konnte sich retten. Bei Rahlitz ist, wie die Königsberger Allgemeine Zeitung meldet, ein mit Hiesel beladener Kahn des Schiffers Schiele untergegangen. Schiele, seine Frau und vier Kinder ertranken. — Herford, 10. Oktober. Die Werra und die Hase sind über die Ufer getreten. Der Pegel, der gestern 0,60 Meter zeigte, zeigt heute 8,70 Meter.

Ueberschwemmung. In der Nacht zum Montag ist die Innerteich mit ihren Nebenflüssen über die Ufer getreten und hat das gesamte Innerste-Tal unter Wasser gesetzt. Der Bahn- und Postverkehr zwischen Ringelheim und Caddenstedt mußte wegen Ueberschwemmung des Bahndammes eingestellt werden.

Schneefälle in Bayern. Nach einer Drahtmeldung aus München ist Sonnabend in Hof, Bayreuth und Würzburg Schnee gefallen. Eine gewaltige Fenersbrunn scherte in Ulf bei Endfischen eine Anzahl mit Getreide gefüllter Scheunen, mehrere Ställe und einen Tanzsaal ein.

Wattenmeer. In Groß-Hartmannsdorf bei Wanzlau erstickte gestern der frühere Gastwirt und jetzige Arbeiter Kaymann seine Frau.

Brandkatastrophe. In einer Seidenfabrik in Sarvar (Ungarn) fand eine Explosion statt, durch welche die Geschäftsgebäude in Brand gesetzt wurden. Ein Teil derselben stürzte ein und begrub zahlreiche Personen. Bis gegen Mitternacht wurden sechs Tote und eine große Anzahl Verwundete aus den Trümmern hervorgezogen, viele werden noch brennen.

Offenburg, 16. Oktober. Wie die Mittelbadischen Nachrichten aus Kappelkoden melden, beläuft sich die durch den Bürgermeisterei Hermann Haas unterschlagene Summe nach den bisherigen Fest-

Die Sachverständigen Dr. Strauch und Gerichtsarzt Dr. Sörmer befinden, daß der Tod des Knaben durch Verletzung erfolgt sei. Nach Ansicht dieser Sachverständigen hat der Angeklagte doch das Mischenmesser zur Tat gebraucht. Die den Geschworenen vorgelegten Fragen lauten auf schweren Diebstahl, versuchten und vollendeten Totschlages. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Karl Löwenthal werden noch Fragen nach Körperverletzung

Stellungen auf 725 000 M., wird aber wahrscheinlich die Höhe von 800 000 M. erreichen. Der Aufsichtsrat des Vorschubvereins hat sich bereit erklärt, 100 000 M. zur Verfügung zu stellen.

Infolge Genußes von Paradiesäpfeln erkrankten in Erfurt drei Kinder im Alter von sieben bis neun Jahren. Das älteste, ein neunjähriges Mädchen, ist nachts unter unstillbaren Schmerzen gestorben.

Liebestragödie. Der verheiratete fünfzigjährige Kaufmann Frauendorf in Dessau erschah die dreißigjährige Frau des Gärtners Hoppe und sich selbst. Beide hatten ein Liebesverhältnis mit einander.

Das Opfer eines Automobilunfalles bei Rambouillet wurde der Prinz Ferdinand von Orleans, Bruder des Herzogs von Orleans. Der Kraftwagen stürzte an einer scharfen Kurve um und der Herzog und zwei weitere Insassen wurden herausgeschleudert. Der Prinz erlitt schwere Verletzungen.

Ein Dachstuhlbrand infolge einer Kesselplosion entstand in der Gasfabrik auf der Margareteninsel (Budapest). Nur durch das energische Einschreiten der Feuerwehr konnte eine Katastrophe verhütet werden. Menschenverluste sind nicht zu beklagen.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. „Realschulzeugnis“ und „Besuch einer Hochschule“, praktische Arbeit zum Zweck des Proterwerb“ und „theoretisches Studium in den Abendstunden“ — bei all dem kommt selten viel heraus. Versuchen wir Sie recht, so dürfte für den Beruf Ihres Sohnes der Besuch in Chemnitz, den die städtischen Handwerkerschulen bieten, genügen. — B. Wenn Sie erst um 1/8 Uhr aus dem Geschäft abkommen können, so ist wenig zu machen. Die Englisch-Stunde beginnen überall um 7, um 1/8, spätestens um 1/8 Uhr. Rechnen können Sie am Sonntag in den Vormittagstunden mitnehmen. Mit Mittelschulzeugnis können Sie übrigens statt einer „Fortbildungsschule“ auch eine der „Fortbildungsanstalten“ besuchen; die nächste für Sie wäre im Friedrichs-Gymnasium, Friedrichstr. 126. — G. R. Bau der Zion-Kirche, 1866 begonnen, 1873 beendet. — F. G. Rein. — D. V. Sell 1878. — R. 101. Ja.

Juristischer Teil.

Stuttgarter P. M. Sie müssen durch den Staatsanwalt innerhalb einer Woche, also bis spätestens am 17. Oktober, Berufung einlegen lassen, oder falls Sie oder Ihre Frau Nebenkläger war, selbst Berufung einlegen. — G. R. 38. Ein jeder hat solchen Anspruch. — R. G. 1000. 1. Im Herbst 1927. 2. Ja. — G. T. 77. Zur Zahlung der Kosten sind Sie verpflichtet. Strafbar ist die Nichtzahlung nicht. — C. S. V. 1. Ja. 2. Nein. Sie müßten Ihren Anspruch gegen die Kasse bei der Aufsichtsbehörde, eventuell im Klagewege, geltend machen. — G. T. Den Be-

treffenden könnten Sie mit Rücksicht auf Erfolg wegen Beleidigung verklagen. — R. Z. 13. An die Berufsgerichtshof müssen Sie einen Antrag auf Bewilligung der Unfallrente richten. — M. K. Schon erledigt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthalen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-71 pr. 100 Pfund, IIa 58-63, IIIa 52-57, IVa 43-50. Kalbfleisch Ia 86-93, IIa 75-85, IIIa 62-72, Hammelfleisch Ia 65-75, IIa 50-60, Schweinefleisch 69-76. Rotmilch 35-48 Pf. Kalb 3,00-3,50, Klein 1,25-2,50, Raminchen 0,35-0,90, Krammelschaf 17-22 Pf. Heubühner, junge Ia 1,00 bis 1,30, junge IIa 0,60-0,90, junge Hühner 0,00-0,00, alte Ia 0,70-0,80, alte IIa 0,00-0,00. Sühner, alte 1,40-1,80, junge 1,00-1,40 das Stück. Tauben, junge 0,35-0,50, alte 0,00-0,00. Enten, junge 1,40-2,00. Gänse, junge Ia, 3,50-4,20, IIa 2,50-3,00 per Stück, Ia 0,55-0,60, IIa 0,40-0,55 per Pfund. Gänse, unfort 00-00, Hühner 00-00, mittel 00,00, groß 00,00, Schellische 25-29, Blunder 18 M. pro 100 Pfund. Schottische Wollheringe (gefilzen) 36-38 M. Kresse, kleine, Schaf 00-00, unfortiert 4 M. Eier, Schaf 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 1,80-2,00, Kosen 1,50-1,75, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Blauschokolade pr. Schaf 4,00-7,00, Weißschokolade 4,00-6,00, Kaffeebohnen 4,00-6,00, Saure Gurken, neue Schaf 2.-.



Romanbibliothek

Ist eine Sammlung hervorragender Schöpfungen auf dem Gebiete vollstündlicher Romandichtungen. Originalwerke unserer ersten Romanschriftsteller, wie Maximilian Böttcher, Ernst Georgi, Carola von Ehnatten, Otto Höder bilden den Anfang der Bibliothek, welche fortlaufend erscheinen wird. Die Lieferungsbändchen werden kostenlos und gratis den Konsumenten der Sunlicht Seife zugestellt. Bezugsbedingungen sind jedem Palet Sunlicht Seife beigelegt. Die Seife ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Fr. Hahn

Berlin C. 25, Alexander-Platz.
 * * * Gegründet 1825. * * *

Neuheiten in Herbst- und Winter-Damenkleiderstoffen.

Nach auswärts bitte Proben zu verlangen. **Wolle, Seide, Baumwolle.** Nach auswärts bitte Proben zu verlangen.

Hervorragend billiges Sonderangebot.

Kostümstoffe im Herrenstoffgeschmack, schwere Qualitäten, 110 cm breit Meter	1.25	Gestreifte u. karierte Blusen-Sammete bunt schottisch, mit moderner Musterverpressung . Meter	1.10
Double faces schweres Nette-Gewebe, mit kariert Rückseite, 110 cm breit Meter	1.45	Einfarbige Panne-Sammete für Blusen und Putzwecke, große Farbensortimente Meter	1.75
Karierte woll. Lupstoffe für Blusen in entzückenden Farbenstellungen, doppelt breit Meter	1.15	Louisine, reine Seide, in allen Farben Meter	1.35
Gestreifte wollene Blusenflanelle matte, aparte Muster, doppelt breit Meter	0.95	Messaline, reine Seide, in allen Farben Meter	1.45
Einfarbige Satintuche u. Lastings reine Wolle, in allen Farben, auch schwarz, 110 cm breit Meter	1.45	Reinseidene karierte Blusenstoffe auf Taffet- oder Louisinefond, mit Atlasstreifen Meter	1.90
Reinwoll. Cheviots, beste Elsasser Qualität, in allen Farben, auch schwarz, 110 cm breit Meter	1.15	Reinseidene Chines in entzückenden Farbenstellungen Meter	1.75
Gestreifte u. karierte Baumwoll-Flanelle in mittleren Farben, auch bunt schottisch Meter	0.45 und 0.50	Reinseidene gestreifte Blusenstoffe aparte, helle und dunkle Farbenstellungen Meter	1.55

Halbfertige Roben, leicht zu arrangieren als Gesellschafts- und Straßenkleider, die Robe (Rock und Taille) **8.00 bis 150.00**

Ein großer Posten **Reinwoll. Tuch-Unterröcke** 2.90, 4.80 mit reicher Garnierung

Der reich illustrierte **Haupt-Katalog** wird auf Wunsch zugesandt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Hoins: „Der Strafprozess im burenkratischen Staat“. 2. Diskussion. 3. Vorschläge event. Aufstellung von Kandidaten für den 17. Bezirk und 19. Kommunal-Wahlbezirk. 4. Bericht und Abrechnung vom dritten Quartal. 5. Antrag auf Ausschluß, wegen Streifzucht. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Mitglieder werden in der Versammlung, auf dem Jahlabend und in folgenden Zahlstellen aufgenommen:
Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a. | O. Blome, Alte Jakobstr. 119.
Wilh. Börner, Ritterstr. 15. | Franz Krüger, Raunynstr. 54.
Emil Götte, Brandenburgerstr. 18.
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung anwesend zu sein.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Weißensee und Umgegend.

Heute Dienstag, den 17. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei

Taschenschler, Langhausstraße 106:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Jenaer Parteitag. Berichtsteller: Genosse Kubisch-Pankow. 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht des Kassierers. 4. Jahresbericht des Vertrauensmannes. 5. Bericht der Zeitungskommission und Neuwahl derselben. 6. Bericht des Vergütungskomitees. 7. Bericht der Revisionen und Neuwahl derselben. 8. Bericht der Lokalkommission und Neuwahl derselben. 9. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Dienstag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Branchen-Versammlung der Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Erwahl zur Tarif- und Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal VII):

Branchen-Versammlung der Albumarbeiter und Album-Arbeiterinnen.

1. Bericht der Vertrauenspersonen. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, in der „Ressource“, Kommandantenstr. 57:

Branchen-Versammlung der Luxuspapier-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauenspersonen. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, bei G. Manzen, Reichenbergerstr. 16:

Branchen-Versammlung der Goldschmittmacher.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauenspersonen. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:

Branchen-Versammlung der Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauenspersonen. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Verbandsangelegenheiten.

Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal VII):

Arbeiterinnen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Welches Interesse hat die Arbeiterin an der wirtschaftlichen Entwicklung? Referentin: Frau Wally Seyler. 2. Verbandsangelegenheiten. Allen zur Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl der Ortsvereine der Buchbinder können in den Versammlungen entgegen genommen und abgeliefert werden.
Zahlreichen Besuch der Versammlungen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Lackierer. Achtung!

Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in „Drafsels Bestäuben“, Neue Friedrichstr. 35:

Versammlung der Sektion der Lackierer Berlins der Vereinigung der Maler, Lackierer etc.

Tages-Ordnung:
1. Diskussion über den Vortrag des Genossen Johann Sassenbach vom 20. September: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“. 2. Verbandsangelegenheiten.
An Unbetracht der wichtigen Tages-Ordnung wünscht zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Die Sektionsleitung.

Achtung! Verband der Portefeuille und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. Achtung!

Zahlstelle Berlin.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung, des Kassierers, der Arbeitsnachweis- und Agitationskommission. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Das bestimmte Erscheinen aller Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dienstag, 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins.

Tages-Ordnung:

Beratung der Vorlage zur Neu-Organisation Groß-Berlins.

1. Kreis: Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
2. „ Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
4. „ (Südost): Graumann, Raunynstr. 27.
4. „ (Ost): Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117. (2. Punkt: Antrag des Vorstandes und der Bezirksführer auf Besoldung des Kassierers und Wahl desselben.)
5. „ Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.
6. „ Germania-Häde, Chausseestraße 103.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwarten **Die Vorstände.**

Sechs populäre Volks-Vorträge Die Abstammung des Menschen

frei nach Ernst Haeckel (jedesmal derselbe Vortrag) über
mit 49 künstlerischen Lichtbildern
gehalten von Herrn August Kahl-Jena.

Diese sechs Vorträge werden im Interesse der Volksaufklärung von der Berliner Freireligiösen Gemeinde arrangiert. Die Disposition des Vortrags des Herrn Kahl und die Anordnung der dazu gehörigen Lichtbilder sind von Herrn Professor Ernst Haeckel geprüft und beides mit dem Prädikat **vortrefflich** belegt worden.

Zutritt für jedermann. Entree nur 20 Pf. (Abendkasse.)
Die Vorträge finden statt abends Punkt 9 Uhr und zwar:

- Donnerstag, den 19. Oktober, bei Keller (Großer Saal), Köpenickerstr. 29.
- Freitag, den 20. Oktober, bei Ballschmieder, Gesundbrunnen.
- Samstag, den 22. Oktober, nachm. 6 Uhr, Spandau, Teßnows Volksgarten, Hackenfelde.
- Montag, den 23. Oktober, im Volkshaus, Charlottenburg.
- Dienstag, den 24. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
- Mittwoch, den 25. Oktober, Berliner Vorkauferei, Tempelhoferberg.

Es finden nur diese sechs Vorträge statt.
Vereinvorstände werden ganz besonders auf diese Vorträge aufmerksam gemacht.

Zur Beachtung für die Berliner Arbeiterschaft!

Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Liegnitzer Gutfabrik vormals Klein u. Co., G. m. b. H., im Streit, um eine Lohnzulage bis zu 50 Prozent abzuwehren. Die Firma verkauft ihre Produkte in eigenen Verkaufsstellen und befinden sich ihre Läden in Berlin:

Wilsnackerstraße 63,
Ritterstraße 19a,
Friedrichstraße 250,
Große Frankfurterstraße 94.

Die Firma rechnet besonders mit der Arbeiterschaft. Die Streikenden appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterschaft und erwarten, daß sie nicht eine Firma unterstützt, die wöchentliche Durchschnittslöhne von 6 Mark für Arbeiterinnen und 12-16 Mark für Arbeiter bis zu 50 Prozent herabdrücken will.
Der Zentralverein für Gutarbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wuhls, Mantensstr. 95:
Versammlung der Sitzmöbeltischler.

Tages-Ordnung:
1. Wie können die Verhältnisse in den Sitzmöbeltischlereien beseitigt werden? Referent: R. Leopold. 2. Berichte aus den Bezirken. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet **Die Kommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung

im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße 151/152.
Tages-Ordnung:
1. Kassensbericht des Kassierers vom dritten Quartal. 2. Bericht der Kontrollkommission. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft Dresden (G. m. b. H.).

Wir empfehlen der Arbeiterschaft Deutschlands folgende Marken: (sowie als Spezialität:
No. II 2 Pf. Liberté
No. III 3 Pf. Egalité
Fraternité } 3 Pf.
Qualität hochsein und garantieren wir einerseits für reine Handarbeit, sowie andererseits, daß unsere Fabrikate aus rein türkischen Tabaken hergestellt werden. — Generalvertreter für Berlin u. Umgebung ist Herr U. Stangenberg, Berlin SO. 38, Köpenickerstr. 29a. 47309*

Achtung! Weißgerber u. Färber. Die Aussperrung dauert fort.

Die Fabrikanten suchen für einen erhöhten Lohnsatz Leute aller Art zu bekommen. 100/20*
Nachstehende Firmen haben ausgesperrt und sind zu melden:
Lederl. Eick & Strasser, U. G., Drontheimerstr. 32-34.
Hegormann, Kolonnenstr. 18/19.
Mayr, Goldbierstr. 78-82.
Karpus & Herzberger, Pringeln-Allee 60.
Schneider, Pringeln-Allee 59.
Schubert, Wolkenstr. 59.
Schwarzmann, Pringeln-Allee Nr. 78.
Leuchter & Böhm, Gerlichstr. 23.

Bekanntmachung.

Berlin, den 12. Oktober 1905.
Die heute, am 12. Oktober, bei G. Ball, Dragonerstr. 15, tagende General-Versammlung der Gesellschafter der Firma 26536

C. Woina, Gesellschaft zur Ausführung von Doppelrohrdecken auf Leisten, Sitz Berlin NW, Quiltowstr. 103, beschließt, die Gesellschaft **aufzulösen** und erklären sich allen Verpflichtungen gegenüber der Firma C. Woina, Quiltowstr. 103, für entbunden.

Unterschrift der Gesellschafter:
Willy Strumpf, Romintenerstr. 17.
Michael Boldt, Reimendorfer-Weid, Antonienstr. 65.
Gustav Kowald, Friedenau, Edenwaldstr. 5.
Reinhold Müller, Rixdorf, Hermannstr. 178.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun	Erste L. Deckbett	2 95
Similiseide	in den Farben rot, blau, oliv	4 85 6 75
Wollatlas		5 25 7 50
Bunte Normal-Schlafdecken		1 50 2 50 3 50
Wolldecken	ganz dick fehlerhaft	3 00 4 00

Spezial-Haus **Emil Lefèvre**, Oranienstraße 150. Berlin S.

Baustellen

Reimendorfer an der Berlin-Gemarung, beste Vermietungsgegenstand, wenig Ausschacht, best. Bod., verkauft, wir mit genehmigt. Zeichnung, Baugeld, hoher Priorität, feiner L. und 2. Hypothek an solid. freisam. Mann event. ohne Anzahlung. Off. Gr. 047 Daube u. Co. Ann.-Exp., Potsdamerstraße 3. 291/3

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Elekt. J. Ditsch u. Hüls-Krankenstellen Berlin C.,
30. Linien-Straße 30.
NB. Alle Binden mit elastischen Gelenken, angenehm und weich am Körper. 44622*

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der feinsten türkischen Tabake ist die 47422*



Kapitän-Cigarette

(gefällig geschätzt Nr. 75635)
in Qualität unerreicht; man fordere **sch** ausdrücklich diese Marke.
C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt VII Nr. 5861.

PROBLEM

Cigaretten
überbrette Importen

Beste deutsche Fabrikate
Überall zu haben.



Joselli Cigaretten

Erstklassige deutsche Fabrikate.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1905.

Nr. 243. Dienstag, den 17. Oktober 1905.

Inserate sechsgealtene Kolonietzelle 20 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigt sich die heute, Dienstag, abend im Obstischen Saale stattfindende Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Stadtv. Hermann Schubert: „Unsere kommunalen Forderungen“. Außerdem erfolgt in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten.

Tempelhof. Heute, Dienstag abend 8 1/2 Uhr, findet im Lokal M. Müller, Berlinerstr. 41/42, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen B. Oberhardt: „Weshalb organisieren sich die Arbeiter gewerkschaftlich und politisch?“. Ferner wird der Jahresbericht des Vorstandes und der Funktionäre gegeben und die Neuwahlen vorgenommen.

Spandau. Heute, Dienstag: Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Kunkle. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Frauen-Bildungsverein Spandau. Am Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Böhle, Neumühlstr. 5, unsere Mitgliedsversammlung statt, in der die Genossin Kiesel-Beckin einen Vortrag über „Die Frau in der Geschichte“ hält. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Weißensee. Heute, Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Tschentscher, Langhansstr. 106, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Näheres siehe Inserat. Mitgliedsbuch legitimiert.

Pankow. Die vorgefrigte Anzeige betreffend das Stiftungsfest des Wahlvereins beruht auf einem Irrtum; es wird am 11. November d. r. im Kochschilchen Restaurant gefeiert.

Grünau. Die heute fällige Monatsversammlung findet nicht statt. Gleichzeitig weisen wir auf das am Sonntag, den 21. Oktober, im Lokale des Herrn Duchaufour stattfindende Stiftungsfest des Wahlvereins hin. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, diese Veranstaltung zu besuchen.

Adlershof. Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Wöllstein die Generalversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: Statutenänderung, §§ 4, 5, 6, 7, 8; Beschlußfassung über eine neue Bibliotheksordnung; Bericht des Vorstandes und der Funktionäre und Neuwahl derselben; Beratung des Statuts des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgebung; Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung; Vereinsangelegenheiten. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen jedes Mitgliedes erforderlich.

In Ober-Schöneweide ist Mittwoch an den besetzten Stellen zahlend.

Vorort-Nachrichten.

Pankow.

Von Kowdies erforscht wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Gastwirt August Tzeling, der an der Vorort-Haltestelle Pankow-Heinersdorf eine Restauration betrieb. Nach 12 Uhr entstiegen dem von Berlin kommenden Vorortzuge einige in Heinersdorf und Pankow-Buchholz wohnende Leute, die mit den Bahnschaffnern Ständel angingen und dieselben tätlich angriffen. Als Tzeling, der gerade sein Lokal schließen wollte, den Beamten zu Hilfe eilte, stieß ihm einer der Vandalen ein Messer in die Brust. Der Verwundete begab sich in den gerade von Blankenburg nach Berlin fahrenden Zug, um sich auf dem Stettiner Bahnhofe verbinden zu lassen; doch schon nach wenigen Minuten stard er zwischen den Stationen Heinersdorf und Pankow. Die telephonisch herbeigerufenen Pankower Polizei verhaftete nach in der Nacht den in Franz-Buchholz wohnenden Steinträger August Vid, der ein blutbesudeltes Messer in der Tasche hatte, als den vermutlichen Täter. Vid, welcher schon wegen Messerschere vorbestraft ist, leugnet, den tödlichen Stich geführt zu haben. Er lenkt den Verdacht auf einen Arbeiter Engel, der noch gesucht wird.

Johannisthal.

Bei der Urania-Vorstellung des Wahlvereins am Sonntag ist zwischen 4 und 5 Uhr in den Puffstühlen eine braune Pelzboa verloren worden. Der Finder wird ersucht, dieselbe bei Wilhelm Engelmann in Johannisthal, Friedrichstr. 89, abzugeben oder sich brieflich zu melden.

Waldbewirtschaftung. Wieder ist ein wichtiger und schöner Teil des Grunewaldes am Hundehelmssee der fiskalischen Geldgüter zum Opfer gefallen. Die letzte Gemeindevorstanders-Sitzung in Grunewald hatte sich mit der vom Landrat des Kreises Zehlendorf angeregten Eingemeindung eines ungefähr 14 Hektar großen Forstgrundstückes der Dörfelerei Grunewald am Hundehelmssee, das der Aktien-Gesellschaft Ren-Grunewald verkauft worden ist, zu befassen. Dieses Gelände soll teils zu Sportplätzen, teils für die Erleichterung vornehmer Landhäuser verwendet werden.

Berliner Nachrichten.

Zur Fortführung der Hochbahn wird uns gemeldet, daß die Fundamentarbeiten unter dem Gebäude des Landwirtschaftsministeriums am Leipziger Platz voraussichtlich in dieser Woche fertiggestellt werden. Hier sind, wie früher schon mitgeteilt, die Fundamente abgegraben und mit Mauersteinen untermauert worden, sodas sie jetzt bis gegen sieben Meter tief unter die Strofenoberfläche hinabreichen. Diese Sicherheitsmaßregel war erforderlich, weil der künftige Uterpflasterbahnhof Potsdamer bezw. Leipziger Platz dicht neben den Fundamenten des Landwirtschaftsministeriums liegen werden. Der Teil des Bahnhofs, welcher sich unter dem Aschingerischen Grundstückskomplex befindet, soll zugleich mit der Fundierung des Hotelneubaus in Angriff genommen und ähnlich so ausgeführt werden, wie die Tunnelarbeiten unter dem diagonal gegenüberliegenden Westhelmschen Warenhausneubau, nur daß dort der Tunnel in zwei getrennte Bahnhöfe zerlegt werden mußte, während er hier zu einer großartigen Hallestelle verbreitert werden soll. Diese wird zwischen den jetzigen Eingängen zur Hoch- und Untergrundbahn am Potsdamer Platz und dem Brangel-Denkmal auf dem Leipziger Platz liegen, so daß man zu den

Bahnschienen an diesen beiden Endpunkten wird hinabsteigen können. Zu dem Zwecke wird das Tunnelstück, welches gegenwärtig zum Umrangieren der Züge benutzt wird, verbreitert und unter der Königgräzerstraße bis zum Brangel-Denkmal weiter geführt, während der jetzige Uterpflasterbahnhof Potsdamer Platz künftig zur Aufstellung von Zügen zu benutzt werden wird. Außer den Bauten unter den Westhelmschen und Aschingerischen Grundstücken ist die Befestigung des Tunnelstückes der Spittelmarktstraße noch an einer dritten Stelle vorgesehen: nämlich unter dem Neubau des Erdgrundstückes Marktgrabenstraße 45 bezw. Landwehrstr. 19, in dem sich früher die Mahmische Weingroßhandlung befand. Die Fundamentmauern dieses Hauses sind demnach ausgegraben worden, daß zwischen ihnen der zweigleisige Tunnelbau später ohne Schwierigkeiten wird ausgeführt werden können. Hier soll die Siemensbahn indes nur hindurchgeführt werden, wenn die gerade Fortführung der Linie durch die Boh- und Mohrenstraße und den Häuserblock zwischen Hausvogelplatz und Spittelmarkt sich nicht ermöglichen lassen wird. Dies hängt von der Frage der Anlegung eines neuen Verbindungsweges zwischen der Niederwallstraße und dem Hausvogelplatz ab.

Ehrenbürgerbrief für Stadtrat a. D. Haack. Dem jüngsten Berliner Ehrenbürger, dem Stadtrat a. D. Haack wurde am Sonntag durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung der von Professor Starbina künstlerisch ausgeführte Ehrenbürgerbrief überreicht. Den Magistrat vertraten unter anderen Oberbürgermeister Kirchner, Bürgermeister Dr. Meise und Stadtsyndikus Dr. Dierksen. Für die Stadtverordneten-Versammlung waren ihre Vorsitzenden Dr. Rängerhans und Michels sowie die Stadtverordneten Friederich, George, Liebenow und Raft erschienen.

Aus dem dunkelsten Preußen.

Daß die protestantische Kirche in der Unzulänglichkeits der katholischen nicht vorwurfsfrei hat, bewies eine Verhandlung, die sich Sonnabend vor dem Schöffengericht zu Potsdam abspielte. Am 28. Dezember v. J. sollte in der Dorfstraße zu Ketzky die damals uneheliche Dorn mit dem Bauarbeiter Tzige durch den Pastor Dr. Döhmer getraut werden. Außer den zahlreichen Verwandten des Braupaars hatten sich viele Dorfbewohner in der Kirche eingefunden, welche das Brautpaar hatte schmücken lassen. Vor dem Traualtar war aus grünen Zweigen eine alte Sitte gemäß ein Kranz an der Erde gebildet, in welchen sich das Brautpaar hineinsetzte und des Weillischen harrte. Die Braut hatte aus grünen, myrtenähnlichen Zweigen einen offenen Kranz rankenartig auf dem Kopf und auch der Brautgatte trug einen grünen Kranz. Zu diesem Kranz schmiß sich die Braut für berechtigt, weil sie ihn nicht für einen regelrecht geschlossenen Myrtenkranz hielt. Solchen zu tragen gestattete die in der Ketzkyer Kirche herrschende Sitte nur vollständig intakten Bräuten. Die uneheliche Dorn hatte aber bereits ein Kind von einem anderen Manne und wurde deshalb schon nicht als Jungfrau kirchlich aufgenommen. Pastor Dr. Döhmer hatte vorher die Braut darauf hingewiesen, daß sie einen Myrtenkranz nicht tragen dürfe, anderenfalls würde er die Trauung nicht vollziehen. Bei dem Brautgatten war es ihm unklar, ob er das Myrtenabzeichen tragen dürfe, da er von ihm über seine Keuschheit keine bestimmte Auskunft erhalten hatte. Die Ausschmückung der Kirche fiel den Dorfbewohnern, welche das Vorleben der Braut kannten, schon auf. Als diese aber mit dem grünen Kranz vor dem Altar stand, tuschelte man allerlei. Der Küster Lehmann hatte eben mit dem Gesang begonnen, als er einen Wind von dem Pastor Dr. Döhmer bekam. Er begab sich darauf zur Braut und forderte sie auf, den grünen Kranz vom Kopf zu nehmen. Sie schien dies anfänglich auch tun zu wollen, wurde aber durch Zurufe der Kirchensängerin ermuntert, den Kranz aufzubehalten. Eine Frau rief laut: „Der Pastor, der Kranz ist ja hinten offen!“, aber Dr. Döhmer beachtete diesen Ruf nicht, sondern trat im Ornat an das Brautpaar heran und rief: „Nehmen Sie den Kranz ab, oder ich verweigere die Trauung.“ Hierauf drehte die Braut dem Pastor den Rücken zu und soll höhnisch gelacht haben, was sie aber bestritt. Der Weillische verließ hierauf eilig die Kirche, in welcher die Hochzeitsgesellschaft sehr erregt wurde; man rief dem Weillischen allerhand höhnische Worte nach. Die Staatsanwaltschaft ließ den Pastor, der durch seine Intoleranz die Ursache zu dem häßlichen Austritt gegeben hatte, unbeschädigt und packte die jetzige Frau Tzige wegen des angeblich böhnischen La chens, sowie einige andere Besucher der Kirche. Der Gerichtshof konnte gegen einen der Angeklagten nicht verhandeln, weil er abwesend war, ein anderer wurde freigesprochen. Ein dritter erhielt drei Tage Gefängnis; gegen die Frau Tzige wurde die Verhandlung aber ausgesetzt, da noch weitere Erhebungen veranstaltet werden sollen. Hoffentlich hat das junge Paar eingesehen, daß es auch ohne Pastorenlegen eine glückliche Ehe geben kann.

Bürgermeister Dr. Meise ist von einem sehr herben Verlust betroffen worden. Sein Vater, der Bibliothekar Professor Meise, ein bekannter Kantschreiber, ist in Königsberg i. Pr. im Alter von 80 Jahren gestern gestorben.

Das soll er nur machen. Anti-Sozialdemokratische Volks-Versammlungen in den Berliner Vororten will der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit Unterstützung der örtlichen bürgerlichen Vereine abhalten. Der Zweck der Veranstaltung ist, wie berichtet wird, die Gleichgültigen aufzurufen, die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzugreifen und die bürgerlichen Parteien, unbeschadet ihrer politischen Anschauung, einander näher zu bringen.

Dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie ist ein Wagestück vom Reichsverband, das er sich gewiß zweimal überlegen wird. In dunklen Gegenden Deutschlands, hinter verschlossenen Türen und in den Redaktionen der reaktionären Presse mag diese Gesellschaft ihren Schwanz zusammenzucken. Ganz etwas anderes ist es aber, in einer Volksversammlung, zu der jeder Zutritt hat, Rede und Antwort zu stehen.

Berlin in neuer Beleuchtung. Die Deputation der städtischen Gaswerke hat am Montag unter dem Vorsitz des Stadtrats Kamslau beschlossen, die elektrische Beleuchtung am Potsdamer Platz (Königsplatz), in der Friedensallee und Sommerstraße gegenüber dem Reichsplatz zu verstärken. In folgenden Straßen soll die Gasbeleuchtung entweder neu eingerichtet oder verbessert werden: in der Poststraße, Schönhauser Allee zwischen Vordolmerstraße und Weichbildgrenze, Rignier- und Voigtstraße, Prinzessinnenstraße, in der Umgebung des Bahnhofs Tiergarten und der Waldmörderstraße. Die bisher in der Friedrictstraße von der Leipzigerstraße bis Behrenstraße benutzten 22 Laternen sollen nunmehr

in dem breiteren Teil der Straße Alt-Moabit, zwischen der Moltke-Brücke und der Stadtbahn (Kunstaustellungsort) aufgestellt werden. Außerdem wurde beschlossen, den Tiergartenweg am Zoologischen Garten zwischen der Dichtensteiner Brücke und dem Bahnhof Zoologischen Garten statt mit Petroleum- mit Spiritusglühbirnen zu beleuchten zu lassen.

Das Gesetz betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten tritt einer Bekanntmachung im „Reichs-Anzeiger“ zufolge am 20. Oktober in Kraft. Es lautet in seinen wesentlichen Bestimmungen:

§ 1. Außer den in dem § 1 des Reichsgesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetz S. 206 ff.) aufgeführten Fällen der Anzeigepflicht — bei Ausfall (Typhus), Cholera (asiatische), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalische Beulenpest), Pocken (Variolen) — ist jede Erkrankung und jeder Todesfall an: Diphtherie (Krankheitsbräune), Gemisdiarr, übertragbarer, Kindbettfieber (Wochenbett), Pneumonie, Scharlach (Scharlachfieber), Typhus (Unterleibstypus), Mischbrand, Rotz, Tollwut (Lyssa) sowie Viruskrankheiten durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere, Fleck-, Fisch- und Wurfbreugfaltung, Trichinose — der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde innerhalb vierundzwanzig Stunden nach erlangter Kenntnis anzuzeigen. Wechselt der Erkrankte die Wohnung oder den Aufenthaltsort, so ist dies innerhalb vierundzwanzig Stunden nach erlangter Kenntnis bei der Polizeibehörde, bei einem Befehl des Aufenthaltortes auch bei derjenigen des neuen Aufenthaltortes, zur Anzeige zu bringen. In Gemäßheit der Bestimmung des Abs. 1 ist auch jeder Todesfall an Lungen- und Keuchhusten, Tuberkulose anzuzeigen.

§ 2. Zur Anzeige sind verpflichtet: 1. der zugezogene Arzt, 2. der Haushaltungsvorstand, 3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person, 4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat, 5. der Leichenhauer. Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Fürsten im Reich der Wissenschaft. Das aeronautische Observatorium in Lindenberg, Kreis Beeskow-Storkow, ist am Montag in Gegenwart des Kaisers, des Fürsten von Monaco, des Ministers für geistliche pp. Angelegenheiten, des Kriegsministers und vieler Gäste eingeweiht worden. Kriegserbkaiser und Schullinder bildeten Spalier. Minister Studt sagte, daß die junge Wissenschaft der Aeronautik ein neues so rasches Aufschwung hätte nehmen können ohne die tatkräftige Hilfe des Herrschers. Der Kaiser antwortete nach dem „Lokal-Anzeiger“:

„Meine Herren, ich möchte Ihnen meine vollste Freude aussprechen, daß wir nun endlich zur Weite dieses Instituts schreiten können. Was der Herr Kultusminister eben erwähnt hat bezüglich meiner Verdienste, kann ich mir nicht zurechnen. Es wäre nicht möglich gewesen, verständnisvolle Unterstützung Ihren Fortschritten leisten zu können, wenn ich nicht von hoher Seite in ganz hervorragendem Maße befehlet und angeleitet worden wäre. Es liegt mir daran, vor diesem gelehrten Publikum seiner Durchlaucht des Fürsten von Monaco meiner Dankbarkeit Ausdruck zu geben für die anregenden Gedanken, die er mir in bezug auf die Erforschung des Luftmeeres hat zuteil werden lassen, und für die rühmliche Arbeit, die er selbst dazu geleistet hat. Ihnen allen ist es bekannt, wie der Herr seit ganzem Leben lang sein Wissen und Können in den Dienst der Wissenschaft gestellt hat, und ich glaube darum in Ihrer aller Stimme zu handeln, wenn ich diese Gelegenheit ergreife, um dem Fürsten von Monaco als ein Zeichen besonderer Anerkennung die große goldene Medaille für Wissenschaft zu verleihen. Ich freue mich, dies in Gegenwart so großer Gelehrter tun zu können.“

Eine Kupplerin. Eine empfindliche aber verdiente Strafe erhielt am Sonnabend eine gewisse Elisabeth D., aus der Wohnung 55, die ein Keller für „Mancure“ unterhielt, dort auch Bekleidungen beschaffte und dubelte, daß mit diesen unzulässige Handlungen vorgenommen wurden. Das Landgericht I verurteilte sie zu einem Jahr Gefängnis bei sofortiger Verbannung und Polizei-Aufsicht.

Ueber einen schweren Betriebsunfall schreibt uns der Deutsche Buchbinderverband: Am Mittwoch verunglückte in der Fabrik von Pfeister u. Co. die Zugschlepparbeiterin Elise Faust, welche an der Kniegabelpresse beschäftigt war. Der Werkführer hatte die Presse unter schwerem Druck (Matrikeldruck) am Abend vorher gestellt. Die Arbeiterin stolperte über den horizontalen Bestäublichen Hebel. Sie wollte diesen, damit nicht noch andere Schäden erleiden, aufheben, dabei schnellte der Hebel hoch und zertrümmerte der Arbeiterin den Schädel. Der Arzt stellte einen doppelten Schädelbruch fest. In die Wiederherstellung der Verunglückten ist kaum zu denken. In dem Betrieb fehlen Schutzvorrichtung und Anhaltstufen, welche unerlässlich sind, wenn die Pressen unter Druck gestellt werden. Schon im Vorjahre wurde von der Organisation auf die Unzulässigkeit der Beschäftigung von Arbeiterinnen an der Kniegabelpresse hingewiesen. Wann wird seitens der Gewerbe-Inspektion hier Abhilfe geschaffen?

Der des Todes an der Schifferstraße verdächtige Fleischermeister Reimann ist gestern, dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge, nach dreiwöchentlichem Haft im Amtsgerichtsgefängnis zu Königs-Waltherhausen in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert worden. Reimann gilt also als der Tat überführt; seine Verhaftung erfolgte auf Veranlassung des Kriminalkommissars Bannowski.

Prügelgeden. Ein Duell gab es, wie das „Berl. Tgbl.“ meldet, Sonntag früh zur Heiligung des Tages im Grunewald. Die Gegner waren ein Altkorps B. aus Berlin und ein Altkorps C. aus Posen. Der erste Gang verlief unblutig. Im zweiten wurde Altkorps B. in die linke Hüfte getroffen, so daß er in eine Privatambulanz übergeführt werden mußte. Der Grund zu dem Zweikampf ähnelte der Veranlassung zu dem Duell, dem jüngst der Farmer Hippel zum Opfer fiel. C. sah vor etwa vier Wochen in einem Weinstaurant in der Friedrictstraße. An demselben Tisch saßen zwei Berliner, der Altkorps B. und ein Herr E. bran. Die drei gerieten bei dem Gespräch über eine junge Stettiner Dame in Streit. C. ging heraus, ließ B. rufen und ersuchte ihn zu revidieren. Im Laufe der ziemlich erregt geführten Unterhaltung ohnreitete sich die Gegner. Der Portier machte schließlich dem Kampfe ein Ende. Die Folge dieser Aussprache war das geistige

